Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5107
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 112 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug im Mai 3.50 Mk., ab 1. Juni 4.50 od. 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonto, trägt der Verl. d. Bestellgeb. | Halle, Freitag, den 14. Mai 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

Kommt der Ordnungsblock?

Herr Dernburg hat kürzlich in einer Rede zu Cresfeld versichert, man wolle nach links und rechts von seiner Partei einen scharfen Strich ziehen. Den scharfen Strich nach links sehen wir deutlich und bedauern es durchaus nicht, daß er sich so klar vom Hintergrund der Wahlkämpfe abhebt. Die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratie vertreten in den allerwichtigsten Fragen wirtschaftlich zwei einander völlig entgegengesetzte Anschauungen, die einander gegenüber stehen wie Feuer und Wasser, d. h.

wie Kapitalismus und Sozialismus.

Wo ist aber der Strich nach rechts? Man muß gestehen, daß er mit jedem Tage mehr verschwimmt. Da schreibt z. B. Herr Erich Dombrowski im „Berliner Tageblatt" einen Artikel über die reaktionäre Front in Bayern und das eifrige Bemühen, dort einen antisozialdemokratischen Ordnungsblock bei den Wahlen in Erscheinung treten zu lassen. Das bayerische Zentrum, sagt er, habe diese Schwenkung bereits mit fliegenden Fahnen vollzogen. Weiter hat Herr Dombrowski aus Bayern nichts zu bemerken, als daß die Demokraten „unverkennbar in einer recht schwierigen Situation" sind. Der nach Bayern entsandte Sonderberichterstatter des Berliner demokratischen Hauptorgans muß natürlich seinen Kopf tief in den Sand stecken vor der Tatsache, daß seine eigenen Parteigenossen die Bildung des bayerischen Ordnungsblockes tapfer mitgemacht haben und mitten drin in der Regierung des Herrn von Kahr sitzen.

Im übrigen Deutschland bemüht sich Herr Stresemann mit seinen Kardorff und Arendt, seinen Wiemer und Mugdan zu vollenden, was in Bayern glorreich begonnen worden ist.

Wo bleibt da der Strich gegen rechts?

Die demokratische Presse sagt zwar den deutschen Volksparteilern beider Jahrgänge, 1919 und 1920, manche persönliche Bosheiten, von einer grundsätzlichen Scheidung zwischen der deutsch-demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei liest man in ihr nichts.

Eine solche grundsätzliche Unterscheidung könnte sich z. B. auf dem Gebiet der Staatsform ergeben. Herr Stresemann hat sich bekanntlich, solange er noch bei den Demokraten anzukommen hoffte, als Republikaner bekannt, später wandelte er sich wieder mit seiner Partei zu einem strammen Monarchismus zurück. Programmatisch wären also damit Wiemer und Mugdan durch ihren Uebertritt von den Demokraten zu den Volksparteilern aus Republikanern Monarchisten geworden — man kehrt immer wieder zu seiner alten Liebe zurück! Indes, siehe da, die Deutsche Volkspartei läßt aus

diplomatischen Wahlrücksichten ihren Monarchismus jetzt ganz beiseite,

wie übrigens ihre Schwester zur Rechten, die deutschnationale Putschpartei, auch. Die Monarchie ist eben keine zugkräftige Wahlparole. Und darum kommen die Demokraten auch gar nicht in die Lage, gegenüber den Volksparteilern ihre republikanische Bürgertugend zu betonen. Derlei grundsätzliche Fragen erscheinen wie auf Verabredung ausgeschaltet.

Tritt das Trennende — trennt es wirklich? — in den Hintergrund, so macht sich das gemeinsame desto mehr bemerkbar. Der Gedanke, daß zwischen zwei Parteien, von denen in der einen Wiemer und in der anderen Kopich sitzt, die Brücken abgebrochen sein könnten, ist ja an sich schon beinahe zum Lachen. Die persönlichen Beziehungen aber, die zwischen den Volksparteilern und den Demokraten herüber und hinüber spielen, sind nur der äußerliche Ausdruck einer starken inneren Verwandtschaft.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei des Herrn Stresemann, des ehemaligen Syndikus des Bundes Deutscher Industrieller, wird vom Industriekapital in der auffälligsten Weise begönnert. Aber auch die Demokratische Partei kann ihrer ganzen Natur und Herkunft nach auf die Mitwirkung des industriellen Unternehmertums und ganz besonders der Handels- und Finanzwelt nicht verzichten. Die Tatsachen der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft sind stärker als die Ideologien, durch die sich die bürgerlichen Parteien voneinander zu unterscheiden versuchen.

Man muß die Dinge klar sehen, wie sie sind.

Die Sozialdemokratie ist in die Koalition hineingegangen, um die Republik zu erhalten,

um der Arbeiterklasse in ihr einen möglichst starken Einfluß zu sichern, um vom Volk schwere innere Erschütterungen fern zu halten, die die Arbeiterschaft ihrem Ziele nicht näher gebracht, sondern sie von ihm immer noch mehr entfernt hätten. Die bürgerlichen Parteien sind die Koalition mit der Sozialdemokratie eingegangen, weil sie in sich selbst zu sehr zerklüftet waren, miteinander **eine zu geringe Mehrheit in der Nationalversammlung** bildeten und aus Furcht vor der Arbeiterschaft die Regierung zu übernehmen, sich nicht getrauten. Der persönliche ehrliche Wille und Idealismus einzelner Demokraten und Zentrumsleute soll damit nicht im mindesten in Zweifel gezogen werden. Aber dieser gute Wille wäre ohnmächtig geblieben, hätte hinter ihm nicht der ungeheure Druck der Verhältnisse gestanden und die imponierende Stärke der Sozialdemokratischen Partei. Darum soll man sich nicht im mindesten darüber täuschen; würden sich die Verhältnisse zugunsten der bürgerlichen Parteien ändern, so würden diese die Koalitionspolitik mit allen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft in die Ecke stellen wie bei gutem Wetter einen Regenschirm. Ein paar brave Leute aus den bürgerlichen Parteien, die das nicht mitmachen wollen, würden dann zu uns kommen, aber an den großen Linien der Entwicklung würde dadurch nichts geändert.

Wenn die Arbeiterschaft, Arbeiter, Angestellte und Beamte, im Wahlkampf nicht bis zum letzten Mann stehen, dann kommt der bürgerliche, der antisozialdemokratische Ordnungsblock. Und dann kommen vielleicht Zeiten, in denen breite Massen des schaffenden Volkes es bedauern werden, die Möglichkeiten, die ihnen die Demokratie bietet, nicht restlos ausgenützt zu haben. Nicht alle sind sich über die ungeheure Bedeutung dieses Entscheidungskampfes vollständig im klaren, und darum muß es allen Schläfern gellend in die Ohren gerufen werden,

daß es jetzt um Alles geht.

Lächerlich und abscheulich diese Katzbalgerei zwischen S. P. D., U. S. P., K. A. P. D.! **Zwischen der Sozialdemokratie und dem drohenden antisozialdemokratischen Ordnungsblock fällt die Entscheidung!**

Der Sturz Nittis.

Rom, 12. Mai. (WTB.) In der Kammer haben die sozialistischen Abgeordneten beantragt, die Etatberatung zu unterbrechen, um über die Zwischenfälle anläßlich der passiven Resistenz bei der Postverwaltung zu verhandeln. Nitti verlangte die Ablehnung des Antrags und stellte die Vertrauensfrage. Die Katholische Volkspartei kündigte an, daß sie für den sozialistischen Antrag stimmen würde. 309 Abgeordnete waren anwesend; bei namentlicher Abstimmung stimmten für den Antrag 198, dagegen 112 Abgeordnete, bei vier Stimmenthaltungen. Die Kammer hat 508 Mitglieder. Der Kammerpräsident teilte daraufhin mit, daß der Ministerpräsident morgen, Mittwoch, bei Beginn der Sitzung die Demission des Ministeriums bekanntgeben werde.

Kurz vor der Konferenz von Spa stürzt Nitti, der endlich ein mündliches Verhandeln mit Deutschland durchgesetzt hatte, über eine innerpolitische Frage, weil er den Sozialisten in sozialistischem Sinne zu weit rechts, dem katholischen Parteivorstand zu weit links stand. Zu seinem Sturz haben auch die Nationalisten beigetragen, denen das wahrhaft friedensfreundliche Wirken Nittis nach außen unsympathisch war. Da aber Sozialisten und Katholiken, beides ausgesprochene Friedensfreunde und Gegner der Haßpolitik, die Kammermehrheit bilden, ist eine andere Außenpolitik Italiens kaum zu denken. Es läßt sich aus der Ferne auch nicht beurteilen, ob die Vorgänge bei der Post den Sturz gerade dieses Ministeriums lohnten.

*

„Avanti" begrüßt den Sturz des Kabinetts Nitti mit Jubel und stellt dabei die Behauptung auf, daß die sozialistische Partei sich auch gegen die Katholiken behaupten werde, mit deren Hilfe sie den Sturz Nittis herbeiführte. Das Blatt spricht von der fortschreitenden Zersetzung aller bürgerlichen Parteien und hofft, daß jede bürgerliche Regierung von vorneherein zum Mißerfolg verurteilt sei.

„Secolo" rechnet mit der Möglichkeit eines Ministeriums Meda (katholisch) mit Bonomi (Reformiog.) als Kriegsminister. Das Blatt hält es aber für möglich, daß Nitti von neuem mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werde.

Der Stand der Sozialisierung.

Ein Vertreter der „Vorwärts"-Redaktion hat eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister, Gen. Robert Schmidt, über die Sozialisierung gehabt. Aus den dabei gemachten Darlegungen des Ministers heben wir folgendes hervor:

„Es ist bekannt, daß die Nenberufung der Sozialisierungskommission ihren äußeren Grund in dem Punkt 6 der Vereinbarung hat, die die Regierung mit den am Generalstreik beteiligten wirtschaftlichen Arbeitnehmervertretungen geschlossen hat. Weniger bekannt in der Oeffentlichkeit dürfte es sein, daß das Reichswirtschaftsministerium schon Wochen zuvor die Arbeiten der früheren Sozialisierungskommission wieder aufgenommen hatte. Durch Kabinettsbeschluß war Anfang März die Herausgabe der stenographischen Protokolle der Sozialisierungskommission angeordnet worden; die Vorbereitungen dazu standen dem Abschluß nahe, als durch die Folgen der Märzunruhen die Kommission selbst wieder zunächst zu Beratungen zusammenberufen wurde. Jene Verhandlungsberichte werden in wenigen Wochen der Oeffentlichkeit in Buchform übergeben werden können. Damit wird der politischen wie der wissenschaftlichen Kritik lange vorenthaltenes, für die Entwicklung des praktischen Sozialismus überaus wichtiges Material in lückenloser Form dargeboten werden.

Außer der größeren Mehrzahl der früheren Kommissionsmitglieder hat sich die Kommission durch freie Kooptierung eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zugesellt. Das Recht der Mitarbeit war durch die Märzvereinbarung den Arbeitnehmervertretungen zugesichert worden. Aber es ist ein Symptom von großer Bedeutung, daß der neuen Kommission auch hervorragende Personen des Unternehmertums angehören. Die Kommission hat bei voller Wahrung ihres objektiv-wissenschaftlichen Charakters damit einen realpolitischen Anstrich gewonnen, der ihren Arbeiten und ihrem Ansehen in der Oeffentlichkeit nur nützen kann.

Nichts charakterisiert vielleicht den Siegeszug des Gedankens einer organisierten Wirtschaft mehr als die Tatsache, daß energische Verfechter gemeinwirtschaftlicher Prinzipien heute in allen Lagern aufgefunden werden, daß Unternehmernamen vom besten Klang weit über die deutschen Grenzen hinaus sich in positiver Arbeit an dem Umbau der deutschen Wirtschaft beteiligen.

Freilich wird es Aufgabe der werktätigen Massen und ihrer Vertreter bleiben, den Gedanken des Gemeinwohls in der organisierten Wirtschaft gegenüber jeder privatmonopolistischen Verkehrung durchzusetzen. Der Gedanke einer völlig ungezügelten Konkurrenzwirtschaft, der in der politischen Debatte noch eine so große Rolle spielt, wird uneingeschränkt auch von der Unternehmerseite heute nicht mehr propagiert und erweist sich als eine im wirtschaftspolitischen Sinne reaktionäre Kampfansage gegen die schöpferischen Kräfte der Wirtschaft selbst.

Wie in ihrer Zusammensetzung, so wird die Kommission auch in ihrem Arbeitsprogramm völlig autonom sein. Aber aus der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Lage lassen sich leicht zwei große Gruppen von Aufgaben ablesen. Einmal handelt es sich um die mehr wissenschaftliche Aufgabe der grundsätzlichen Klärung des Sozialisierungsproblems, um die Festlegung allgemeiner Richtlinien, nach welchen der Umbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erfolgen hat. Daneben steht aber vor allem die Erledigung einer großen Zahl von unmittelbar praktischen Aufgaben, die der augenblickliche Stand einzelner Wirtschaftszweige bietet und an deren unmittelbar praktischen Lösung die Kommission mitzuarbeiten berufen ist.

Die Sozialisierungskommission wird die einzelnen Fachgebiete des Wirtschaftslebens daraufhin durchzusehen haben, welche der zahlreichen Uebergangsformen auf die einzelnen Industriezweige, für die Regelung des Außenhandels wie des Binnenhandels Anwendung finden können. Darüber hinaus tritt aber mit der langsamen Wiederkehr der normalen Produktion das **Problem der Kapitalbildung** in den Vordergrund. Auch hier kann die Kommission unmittelbar praktische Ansätze, wie sie in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums zur Kohlenfrage ihren Ausdruck gefunden haben, zum Ausgangspunkt nehmen, um die Möglichkeit gemeinwirtschaftlicher Kapitalbildung festzustellen.

Schließlich aber wird die Kommission auf dem Seitengebiet der landwirtschaftlichen Produktion in Anlehnung an den letzten Punkt der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen eine gewaltige Aufgabe für ihre organisatorischen Arbeiten finden.

Langsam setzt sich in immer weiteren Volksschichten die Gewißheit durch, daß der von vielen Seiten verlangte **Abbau der Zwangswirtschaft auch in der Landwirtschaft** nicht die Rückkehr zur freien Wirtschaft, sondern nur den Umbau der Organisation auf einer gemeinwirtschaftlichen Grundlage bedeuten kann. Die Sozialisierungskommission wünscht selbst einen möglichst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200514-18/fragment/page=0001

Ueber Rassenhaß, Reaktion und Diktatur

sprechen am kommenden Sonntag im „Walhalla-Theater"

Staatssekretär des Innern **Heinrich Schulz** und Reichstagskandidat Zivilkommissar **Richard Krüger**

engen Anschluß an das Reichswirtschaftsministerium. Dieser Wunsch wird von meiner Seite auf das lebhafteste erwidert, da die Arbeit der Kommission für meine unmittelbare wirtschaftspolitische Arbeit eine Unterstützung bieten kann. Aber, wie schon gesagt, so wichtig die praktischen Aufgaben für das Arbeitsgebiet der Kommission sein mögen, sie wird sich deswegen hinaus nicht davon abhalten lassen, einen allgemeinen Sozialisierungsplan, unabhängig von den mehr oder weniger zufälligen Verhältnissen der Gegenwart aufzustellen. Die Durchführbarkeit eines solchen Plans wird von den politischen Machtverhältnissen abhängen. Aber gerade das Vorliegen von Plänen, die sich von utopischer Oberflächlichkeit freihalten und den praktischen Bedürfnissen bis in die Einzelheiten gerecht werden, wird die beste Propaganda für den Gedanken der Sozialisierung selbst und damit die notwendige Voraussetzung für die Umbildung der politischen Machtverhältnisse auf demokratischem Wege zugunsten der Sozialisierung sein. So wird die Arbeit der Sozialisierungskommission, richtig verstanden, der Praxis der Gegenwart ebenso dienen, wie der Zukunft des Sozialismus.

Unverschämte Schwerindustrielle.

Der Arbeitgebern schwillt der Kamm. Nachdem durch das entschlossene Verhalten der Arbeiterschaft der Kapp-Putsch zu Boden geschlagen wurde, wollte bekanntlich keiner der Schuldige gewesen sein. Die Wut der Schwerindustriellen über das Mißglücken des Putsches kommt deutlich in einem Telegramm zum Ausdruck, daß der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf an den Reichskanzler gerichtet hat. Es lautet:

„Laut Meldung demokratischer Parteikorrespondenz besteht regierungsseitig Absicht, durch Verordnung Arbeitgeber für Bezahlung der Kapp-Streiktage zu verpflichten. Da Regierung mittelbar zum Generalstreik aufgefordert, mindestens durch zweideutige Haltung allgemein Glauben erweckte, daß Generalstreik von Regierung veranlaßt, fordern wir Ersatz der Kosten, soweit sie infolge Erpressung von Arbeitgeber übernommen werden mußten, durch das Reich. Erheben allerschärfsten Einspruch gegen Absicht der Regierung auf Einführung eines Streikbezahlzwanges, der Sanktionierung von Gewaltakten jeder Art bedeutet und völligen Ruin unseres Wirtschaftslebens einleiten würde."

Eine größere Unverschämtheit dürfte selbst seitens der Schwerindustrie, von der man doch allerhand gewöhnt ist, wohl kaum begangen sein. Nicht nur, daß diese Scharfmacher sich gegen eine Bezahlung der Streiktage sträuben, fordern sie auch noch vom Reich einen Ersatz für die Unkosten, die ihnen durch den Gewaltstreich ihrer militärischen und politischen Freunde entstanden sind. Den Generalstreik als einen Gewaltakt zu bezeichnen, charakterisiert deutlich die wahre Gesinnungsart der Leute, die Herren Kapp und Lüttwitz innerlich als ihren Befreiern zujubelten. Hoffentlich findet Genosse Müller die rechte Antwort auf dieses Telegramm, das ebenso viel Worte wie Frechheiten enthält.

Schwedische Frauen gegen die Verwendung schwarzer Truppen.

Aus Anlaß der Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet faßte der Sozialdemokratische Frauenbund eine Entschließung folgenden Inhalts:

Da für eine weiße Bevölkerung die Besetzung des Landes durch farbige Truppen besonders kränkend und das Gefühl der Demütigung noch verstärkend ist, da ferner die Gefahr einer widerlichen Rassenmischung im besetzten Gebiet vorauszusehen und diese Verwendung für die schwarzen Truppen selbst eine unwillkommene Zwangsmaßnahme ist, deshalb beklagen wir, daß farbige Truppen in den Maingau verlegt wurden, und hoffen, daß die Entente schnell möglichst diese Truppen versetzt. Es ist eine Untersuchung notwendig, inwieweit Zwang seitens der Besatzungsbehörde angewandt wurde, um deutsche Frauen zu geschlechtlicher Verbindung mit Besetzungstruppen zu veranlassen. Sollte sich dies, was wir nicht hoffen, bewahrheiten, müssen wir Frauen Protest einlegen. Wir erinnern an die Resolution anderer schwedischer Frauenorganisationen gegen die Deportation und rücksichtslose Behandlung französischer Frauen während der deutschen Besetzung Frankreich.

Vorstand des sozialdemokratischen Frauenbundes Schwedens.

Die Reaktion unter sich.

Nicht nur in Bayern, sondern auch im Westen versucht das Bürgertum eine geschlossene Phalanx gegen links zu bilden. In Duisburg hat am 30. April eine Versammlung zu diesem Zweck stattgefunden. Zu der Versammlung ist durch nachstehendes Schreiben eingeladen worden:

„Vertraulich.

Dringende Einladung

zu einer am Freitag, den 30. April, 8½ Uhr nachmittags, im Hohenzollernsaal im Burgacker, Kohnenstr., stattfindenden Versammlung an der Vertreter sämtlicher bürgerlichen Berufs- und Wirtschaftsorganisationen teilnehmen.

Anschließend an ein Referat des Herrn Arnold vom Rheinisch-Westfälischen Landesbürgerrat Elberfeld über das Thema:

„Wie schützen wir Duisburg vor dem Radikalismus?"

soll der Zusammenschluß des Bürgertums herbeigeführt werden.

Es gilt den Schutz der Verfassung, das Zusammenstehen gegen den Terror einer Minderheit den Zusammenschluß ohne Rücksicht auf Partei und Konfession.

Die Einberufer.

gez. Axel Ripke,
Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Landesbürgerrats.
gez. Dr. Stein (ein weiterer Name unleserlich)."

Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter, welcher Beamter ist, hatte von seinem Organisationsvorsitzenden die Einladung mit der Bitte übermittelt bekommen, an der Versammlung teilzunehmen. Zu dieser Teilnahme ist es aber nicht gekommen, denn als er das Versammlungslokal betreten hatte, wurde er von dem Versammlungsleiter herausgerufen und darauf hingewiesen, daß er sozialdemokratischer Stadtverordneter sei und auch sonst eine rege Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei ausübe, deshalb könne er an dieser Versammlung nicht teilnehmen. Wenn er sich aber bereit erkläre, auf Ehrenwort zu versichern, daß er über die gefaßten Beschlüsse mit keinem seiner Parteigenossen sprechen wolle, dann würde es ihm gestattet, an der Versammlung teilnehmen zu können. Da der Genosse es ablehnen mußte, ein solches Versprechen zu geben, wurde ihm die Teilnahme an der Versammlung verweigert.

In der Versammlung selbst waren, soweit der Genosse hat feststellen können, alle bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis einschließlich der Demokraten vertreten. Außerdem war die gesamte bürgerliche Presse anwesend. Aber in keiner der bürgerlichen Zeitungen ist irgend eine Mitteilung über den Verlauf und die Beschlüsse der Versammlung erfolgt, obwohl sonst die bürgerliche Presse gar nicht so schamhaft ist, und wenn irgend ein Kegelklub sein Stiftungsfest feiert, ellenlange Berichte darüber bringt. Für unsere Genossen im Westen heißt es daher, noch mehr wie bisher die Augen offen zu halten.

Der Feind steht rechts und links.

Die „Germania", das Berliner Organ der Zentrumspartei veröffentlicht einen interessanten Spitzartikel über die wahltaktische Haltung des Zentrums. Die Wahlparole wird dort mit folgenden Worten festgelegt:

Die Sozialdemokraten haben die Parole ausgegeben: „Der Feind steht rechts" und die Rechtsparteien antworten mit dem Kampfruf: „Der Feind steht links." Nicht ganz so einfach ist die Stellung der Mittelparteien, für die die Parole nur lauten kann: „Der Feind steht rechts und links."

In ihrem Kampf gegen links steht die Zentrumspartei ihr vornehmstes Ziel darin, eine sozialdemokratische Mehrheit im künftigen Reichstag zu verhindern, die von der „Germania" als ein „Unglück" bezeichnet wird, weil sie die Gefahr einer „einseitigen Klassenherrschaft" heraufbeschwöre. Die Zentrumspartei will sich deshalb in erster Linie gegen die „radikale linke Opposition" wenden, aber auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie, von der gesagt wird:

Es wäre gewiß verkehrt, den Kampf gegen sie etwa in Rücksicht auf die bisherige Zusammenarbeit mit dem Zentrum zu vernachlässigen und zu verlämmen, den prinzipiellen Gegensatz zwischen den beiden Parteien mit aller Klarheit bei der Wahl herauszuarbeiten.

Das gilt mit entsprechender Umstellung auch von unserer Haltung gegenüber dem Zentrum. — Gegen die Deutschnationalen predigt die „Germania" einen scharfen Kampf, da auch jene die Errichtung einer einseitigen Herrschaft erstreben und hierbei immer radikaler werden. Der „Deutschen Volkspartei" solle das Zentrum „volle Aufmerksamkeit" schenken, da man bei dem Uebertritt neuer Kräfte von rechts und links überhaupt nicht wissen könnte, welche Richtung in ihr die Oberhand gewinnen wird.

Natürlich betrachtet die „Germania" die Existenz des Zentrums selber in möglichster Stärke als eine Staatsnotwendigkeit, worüber wir anderer Meinung sind. In den Schlußworten des Artikels gelangt eine gewisse Unruhe wegen der Spaltungsbestrebungen im Zentrum zum Ausdruck.

Wahlbeteiligung der Lehrpersonen.

Der Kultusminister veröffentlicht folgenden Erlaß: Von verschied nen Seiten ist mir der Wunsch übermittelt, diejenigen Lehrpersonen, die als Wahlkandidaten für die kommenden Wahlen aufgestellt oder an der Wahlagitation in hervorragendem Maße beteiligt sind, zu beurlauben, um ihnen die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nach Möglichkeit zu erleichtern. In der Erwartung, daß die beteiligten Lehrerkollegien im Sinne meines Erlasses vom 26. Februar 1920 darauf bedacht sein werden, unabhängig von der Parteistellung des einzelnen die notwendigen Vertretungen loyalerweise zu übernehmen und eine Störung des geregelten Unterrichtsbetriebes möglichst zu vermeiden, ersuche ich die Provinzialschulkollegien und Regierungen dahingehende Urlaubsgesuche zu genehmigen; und zwar bei den Reichstagskandidaten auf eigenen Antrag vom Tage dieses Antrages ab bis zum Wahltage, bei den Wahlhelfern auf Antrag ihrer Parteiorganisation bis zu einer Gesamtdauer von neun Tagen.

Eine höchst peinliche Rede.

Der preußische Landwirtschaftsminister, unser Gen. Braun, hatte am 30. März eine Rede gehalten, in welcher er sein Programm entwickelte. Hatte schon die Rede selbst die Kreise der Feudalen stark verschnupft, so sind sie jetzt außer Rand und Band, da die Rede auf Verfügung des Ministeriums in der amtlichen Kreisblattpresse abgedruckt werden soll. Man bedenke, in der Presse über welche die Junker bisher unumschränkt verfügten. Die „Deutsche Tageszeitung" namentlich kann sich immer noch nicht darüber beruhigen und sie scheint mit der ihr eigenen Mannhaftigkeit entschlossen zu sein, trotz aller Klagen über die Raumnot dieser sie anscheinend sehr erschütternden Tatsache tagtäglich bis zu den Wahlen einen Entrüstungsartikel zu widmen. Unter dem Regime des Herrn von Löbell, der das Instrument der Kreispresse sehr geschickt zu spielen verstand, und die Landräte zur direkten Beeinflussung der Blätter immer wieder heranzog, hätte die „Deutsche Tageszeitung" gegen den Abdruck einer bedeutenden Ministerrede nichts einzuwenden gehabt. Allerdings waren es auch früher konservative Minister, die die Politik der

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

35. Fortsetzung.

„Sei gescheit, mein Dirndl, sei gescheit," rief Reindorfer, er stolperte an jeder Schritte, die Knie zitterten ihm, und er gab es auf, sie einzuholen. Jetzt fühlte er seine Siebzig, und die Angst, welche ihn bei seiner Hinfälligkeit des Mädchens wegen überkam, ließ ihn gar wohl merken, wie lieb er dasselbe gewonnen hatte.

„Es dürft' mein eigenes Kind sein," sagte er unwillig. Er schritt aus dem Garten, er führte im Hofe umher. Das Tor nach der Straße stand offen. Er trat hinaus.

„Soll ihr nur nichts Uebles beifallen oder zustoßen," murmelte er.

Dort oben beim Tannenwäldchen saß Florian auf dem weichen Rasen und sah herunter nach dem Reindorferhofe.

Der Mond ging eben auf. Es schien eine Nacht anzubrechen, so schön wie andere waren. Wer es nur hätte Acht haben wollen! Aber es war schwül geblieben, und vom Wetterwinkel zogen schwere Wolken heran, eine erwartungsvolle Stille lag über der Natur. Der Bursche merkte auch darauf nicht.

Plötzlich bebte er zusammen, — jemand kam den Steig herauf. Er wagte kaum seinen Augen zu trauen. Er erhob sich. Es ward ihm freudig zumute, was er zagend gehofft hatte, das erfüllte sich, das Mädchen kam; aber er sah ihr bald bange entgegen, das war nicht liebende Eile, in der sie heranflog, das war ein angstvolles Heranhasten, mit dem sie sich die Höhe hinanarbeitete, er hörte ihre schweren Atemzüge, sie stand vor ihm, und aus leichenblassem Gesichte starrten ihn zwei brennende Augen an.

Unwillkürlich trat er einen Schritt zurück.

Sie lächelte trübe. „Magst mir die Hand schon geben," sagte sie. Er faßte die angebotene Rechte, sie war kalt und lag wie tot in der seinen.

„Ich weiß nun, warum wir nicht zusammen sollen noch dürfen," sagte sie tonlos. „Auch du hast ein Recht, es zu wissen. Ich bin ein Schandfleck auf meiner Mutter Weiberehr und nicht des Bauers Kind."

„Heilige Mutter Anna! — Aber warum tust du dir das zuleid' und sagst es mir, was bekümmert das mich?"

Da faßte sie ihn leidenschaftlich an beiden Schultern, und am ganzen Leibe erzitternd, rüttelte sie ihn mit.

„Du bist mein Bruder!"

Er schrie vor Schrecken auf und stieß sie angstvoll von sich. Ihm war, als blickte ihm sein eigenes glanzloses Auge entgegen, als er dem ihrigen begegnete. Es durchschauerte ihn, als er sie vor sich stehen sah, ihm so ähnlich und so nah verwandt.

Aber noch einmal, das letzte Mal,, wollte er seine Augen auf sie wenden und sie daraufhin ansehen, was sie ihm gewesen, da aber übermannte es ihn, er warf sich auf den Rasen und weinte laut.

Magdalena war an seiner Seite niedergekniet und legte sanft die Hand auf seinen Arm. „Flori," sagte sie, „weine nur recht; ich wollte, es wäre mir gegeben, daß ich es da auch könnte. Tu' dich nur recht ausweinen, es wird dir leichter werden. Und dann sei gescheit, sei mein braver, lieber Bruder!"

Er richtete sich auf. „Sorg' nicht wegen mir. Ich denk', um mich wird bald alle Sorge übel aufgewendet sein. Nur dich gelegne und behüte unser Hergott für immer und allzeit, dich — wie ich nun zu dir sagen muß — meine Schwester." Er zog sie an sich, und die Lippen beider zuckten in scheuer, flüchtiger Berührung aneinander.

„Leb' wohl!"

Er schritt rasch hinweg und trat in das Walddunkel.

„Leb' wohl!"

Sie wandte sich ab und ging langsam nach dem Gehöfte.

Plötzlich kraltte sich etwas in ihren Rock ein, es war der Weißdorn; sie blieb stehen und löste ihr Gewand von den Dornen los, sie sah, der Strauch war abgeblüht, und sagte: „Ist deine schöne Zeit auch vorüber? Gelt ja, das ist uns beiden schnell gekommen? Hätt' mich deswegen zurück und möchtest mich gern trösten? Halt ja, dir muß so weh sein um deine Blüh' wie einem Menschen um sein Glück. Wir sind schon recht arm, wir allzwei!"

Sie ließ, wie schmeichelnd, einen Zweig durch ihre hohle Hand gleiten und dann ging sie weiter.

„Wo bleibst du denn?" sagte die Müllerin, als Florian in die Küche trat. „Und, mein Jesus, wie du aussiehst!"

Er hatte das Halstuch gelöst, die Haare hingen ihm wirr in das bleiche Gesicht.

„Wie ich aussieh'? Mich nähm' Wunder, ich schaute anders aus! Ich hab' den Vater etwas zu fragen. Komm' nur mit herein, du darfst es wohl auch hören."

Sie traten beide in die Stube.

„Kommst endlich heim?" sagte der Müller.

„Ja, und ganz anders komm' ich heim, als ich ausgegangen war. Nur meine ich schon selber, daß ich die Reindorfer Magdalen' in alle Ewigkeit nicht kriegen kann. Aber ich geh' gern scher, und darum frag' ich dich, ob du auch darum gewußt hast, daß sie meine Schwester ist?"

Der Müller senkte den Kopf tief, tief bis auf die Brust.

„O du mein Herr und Heiland," rief die Müllerin und richtete ihre feuchten Augen auf den Sohn, „darum sehen sie einander so gleich! Ich war immer in Furcht wegen deinem verbuhlten, gottuneingedenken Wesen. Nun kommt das davon!"

Da fuhr der Müller wild empor. „Was kommt davon? Ich denk', es kann nun nichts mehr kommen, und damit ist nun alles vorbei und vorüber. Laßt mich zufrieden mit langvergessenen Geschichten, redet mir kein Wort weiter, keines von euch beiden, sonst verschaffe ich mir Ruhe!"

„Mußt nicht so herumschreien, Vater," sagte der Bursche, „du würdest doch nur die Mutter einschüchtern, nicht mich, wenn mir um Streit zu tun wäre. Ich hab' aber nur in Güte angefragt und, wie ich denk' meine Antwort bekommen. Ich merk' schon, es geht höllenmäßig christlich auf der Welt zu, und wir alle — wie der Pfarrer sagt — sind Geschwister; so oder so! Und weil mir's mit einer Schwester so traurig ergangen ist, so werd' ich mich halt zu den lustigen Brüdern halten. Meinst nicht auch?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200514-18/fragment/page=0002

„Deutschen Tageszeitung“ machten, und da hackte natürlich eine Krähe der anderen kein Auge aus. Ein Trost, daß es jetzt doch ein wenig anders ist.

Schlaumeier-Wahlpolitik.

Darüber schreibt Genosse Fischer-Greiz in unserem Plauener Parteiblatt:

Man muß es den Unabhängigen lassen, wenn es gilt, sich von der Verantwortung zu drücken und andern die Schuld zuzuschieben für die Nöte des Volkes, da sind sie nicht zu übertreffen an politischer — sagen wir Bauernschlauheit, um bei den Wahlen Geschäfte zu machen. So haben sie jetzt in Leipzig wieder auf ihrer Parteitagung beschlossen, den Eintritt in die Sächsische Regierung abzulehnen, nachdem sie ihr möglichstes getan haben, das Ministerium Dr. Gradnauer zu beseitigen und überall die Meinung verbreiten, daß ihre Partei die stärkste im Lande sei. Sie scheuen jede Verantwortung wie ein gebranntes Kind das Feuer, und das hat seine guten Gründe.

Im Volksstaate Reuß fanden am 14. März d. J. die Gemeinderatswahlen statt, die Regierungspartei, das sind hier seit 1½ Jahren die Unabhängigen, erlitten dabei in fast allen Gemeinden eine starke Niederlage, über die sie, da es gerade in den Putschtagen war und außer ihrer Zeitung (ein Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses) alle andern Zeitungen 5 Tage lang nicht erscheinen konnten, hübsch den Mantel der Verschwiegenheit deckten.

In Gera z. B. wurden bei 19 600 bürgerlichen Stimmen 16 800 unabhängige Stimmen abgegeben, dabei hat Gera alle 20 Vororte eingemeindet. Es ist gegen voriges Jahr ein Stimmenverlust von 10 000 zu verzeichnen, davon wurden die U. S. P. mit 6000 und die alte Partei mit 4000 Stimmen betroffen.

Im Greizer Bezirk verloren die Unabhängigen 50 Prozent ihrer Wähler, in der Stadt selbst haben sie von 11 100 Wählern nur 2400 erhalten, also noch nicht ein Viertel der Stimmen. Auch in den bisherigen Hochburgen der umliegenden Arbeiterdörfer ist ihre Mehrheit verschwunden und überall stellen sie Minderheiten der Wähler dar. Selbst in Zeulenroda, wo die alte Partei sich gar nicht an der Wahl beteiligte, ist die Wählerzahl halb und halb geteilt. Jahrzehntelang war dort nur ein Drittel im bürgerlichen Lager, und zwei Drittel bei der Sozialdemokratie zu finden. Im reußischen Oberland aber muß nach Zeitungsnachrichten der Zusammenbruch gerad zu katastrophal sein. Aus dem Städtchen Tanna wird berichtet, daß dort sage und schreibe 22 unabhängige gegen 603 Stimmen auf der bürgerlichen Seite abgegeben wurden.

In Greiz sind von 30 Sitzen 9 den Unabhängigen verblieben. Aber auch der sogenannte Zug nach links ist nicht da, denn die Kommunisten erhielten von 11 000 Stimmen in Greiz ganze 386, also den 28. Teil.

So sieht es aus im unabhängigen Volksstaat Reuß, wo die Abgeordneten der alten Partei keine Obstruktion treiben wie die Unabhängigen im Reich und in Preußen. Sollte das alles nicht zu denken geben?

Millerand gegen die Gewerkschaften.

Aus Frankreich kommen folgende Meldungen: Der Ministerrat hat den Justizminister aufgefordert, eine Untersuchung gegen den Allgemeinen Arbeiterverband C. G. T. zum Zwecke seiner Auflösung einzuleiten, und zwar auf Grund der Artikel 3, 5 und 9 des Gesetzes vom 21. März 1884, die den Syndikaten und den Vereinigungen der Berufsgenossenschaften nur das Recht auf Bearbeitung und Verteidigung von Berufsinteressen geben.

Der Verwaltungsrat der C. G. T. hat die Arbeiter der elektrischen Industrie aufgefordert, sich dem Streik anzuschließen. Dieser Aufforderung ist Folge gegeben, aber noch ohne Zeitbestimmung.

Der Reaktionär Leon Daudet hat eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Mittel sie anwenden wolle, um den fortgesetzten revolutionären Anschlägen des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) gegen die Nation ein Ende zu machen.

Auch in Marseille haben sich die Metall-, Bau- und Transportarbeiter dem Streik angeschlossen, in Nantes die Metallarbeiter. In Le Havre haben die Straßenbahner den Streik abgelehnt. Im Becken von Anzin hat sich die Zahl der streikenden Bergarbeiter vermehrt. Im Norden ist der Ausstand der Arbeiter unter Tage allgemein. Die Angestellten der Pariser Untergrundbahn haben den Ausstand beschlossen.

Notizen.

Ehrung Bebels durch die Stadt Köln. Auf Veranlassung der sozialistischen Stadtverordnetenfraktion hat das Stadtverordnetenkollegium, also einschließlich der Deutschnationalen, beschlossen, einen Platz in Köln-Deutz Bebelplatz zu nennen. Der Platz liegt in unmittelbarer Nähe der Stelle, wo vor einigen Jahren die der Entfestigung zum Opfer gefallene Kasematte stand, wo August Bebel 1840 als Sohn eines preußischen Unteroffiziers geboren wurde. Oberbürgermeister Adenauer (Zentrumsmann) würdigte unseren Bebel in einer kurzen Ansprache als einen großen Sohn Kölns, der seiner Vaterstadt bis in das hohe Alter Anhänglichkeit bewiesen habe.

Hungersnot in Deutsch-Böhmen. In Deutsch-Böhmen herrscht eine furchtbare Hungersnot. Seit Monaten wird nur ein halbes Brot in der Woche geliefert. Für diese laufende Woche ist überhaupt noch kein Brot sichergestellt. Die Kartoffelversorgung ruht vollständig. Infolgedessen ist es in verschiedenen großen Industriestädten zu Unruhen gekommen. Dagegen herrscht auf dem platten Lande im tschechischen Gebiet und auch in deutschen Agrargebieten großer Ueberfluß und der Schleichhandel blüht.

Einberufung der Sozialisierungskommission. Entgegen der Meldung eines Berliner Blattes, wonach es fraglich ist, ob die Sozialisierungskommission noch vor den Reichstagswahlen in Aktion treten wird, erfahren die „P. P. N.“ an zuständiger Stelle: Der Erlaß des Reichspräsidenten, der die Einberufung der Sozialisierungskommission bestätigt und ihr die nötigen Rechte und Vollmachten zuweist, steht unmittelbar bevor. Die Vorbereitungen zur Aufnahme der praktischen Tätigkeit sind seit längerer Zeit eingeleitet und bisher soweit gediehen, daß die Kommission ihre Arbeiten sofort beginnen kann.

Das Verfahren gegen Major Bischoff. Die Aufenthaltsbeschränkung für das Gesinde auf dem Gut Reetzow ist, wie die „Ostseezeitung“ meldet, aufgehoben worden. Von dieser Aufenthaltsbeschränkung war auch das kleine sechsjährige Mädchen des Majors Bischoff betroffen worden. Die alldeutsche Presse hatte ja damals einen fürchterlichen Lärm darum geschlagen, wie kannibalisch die jetzigen Regierungsmänner, nämlich die Schlosser, Schriftsetzer und Handlungsgehilfen, sogar die Kinder politischer Gegner behandelten. Jetzt ist das alles hinfällig geworden, nachdem der Stettiner Polizeipräsident verfügte, diese Maßnahme aufzuheben, da der Gang der Untersuchung, weshalb ja die Aufenthaltsbeschränkung verhängt worden war, die Aufhebung gestatte.

Ludendorff als militärischer Mitarbeiter des reaktionären Weltblattes. Nach Pressemitteilungen hat Hugo Stinnes als Mitarbeiter für sein Weltblatt, in das er die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ umwandeln will, und das am 1. Juli erscheinen soll, General Ludendorff und Oberstleutnant Nicolai engagiert. Ludendorff soll als militärischer Fachmann mitarbeiten. Nicolai war Pressechef des Großen Hauptquartiers während des Krieges.

Die Kommunisten für Helfferich. Eine große Aufmachung widmet das Scherlpapier dem Mai-Aufruf von Laufenberg und Wolfheim unter besonderer Hervorhebung der Erklärung für einen neuen revolutionären Krieg. Welche Verwirrung in den Reihen der kommunistischen Arbeiterschaft herrscht, geht aus einer Aeußerung eines Redners der Kommunistischen Arbeiterpartei in einer kommunistischen Versammlung in Tegel hervor, der erklärte, er wünsche, daß bei den nächsten Wahlen die Mehrheit für die Deutschnationalen stimme!!

Erheblicher Fehlbetrag bei den Reichseisenbahnen. Auch das erste Quartal des neuen Etatsjahres dürfte wieder mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen. Soweit bis jetzt die April-Ergebnisse der Reichseinnahmen vorliegen, weisen diese gegenüber dem Voranschlag einen prozentualen Mindereingang von 25 bis 30 Prozent auf.

Verurteilung wegen Gefangenenmißhandlung. Von dem Kriegsgericht der Rheinarmee wurde der Kaufmann Peter Dommerle aus Ludwigshafen zu einem Jahr Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Ihm wurde zur Last gelegt, während seiner Tätigkeit als Buchhalter bei der Firma Grünzweig und Hartmann, die in den Jahren 1917 und 1918 viele französische Gefangene beschäftigte, diese Gefangenen mißhandelt zu haben. Der Angeklagte bestritt den Tatbestand, der von sechs Zeugen in übereinstimmender Weise ausgesagt wurde.

Seht die Wählerlisten ein!

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiterverband und Sozialisierung.

Eine am ergangenen Sonntag und Montag in Bielefeld abgehaltene Konferenz des Gesamtvorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes mit sämtlichen Bezirksvertretungen (einschließlich der linksrheinischen) des Verbandes beschäftigte sich mit besonders wichtigen und aktuellen volkswirtschaftlichen Fragen. An der Konferenz nahm auch eine Vertretung der „Afa“, Abteilung Bergwerksbeamte, teil. Durch die Aussprache über das Lohntarifwesen im Bergbau kam man allgemein zu der Ueberzeugung, daß der separate Abschluß von Reviertarifen überwunden werden müsse durch die Schaffung eines Reichstarifvertrages für den Bergbau, der den Rahmen zu bilden habe für die den einzelnen Bergbauorten und Revieren eigentümlichen Besonderheiten angepaßten Spezialabmachungen. Die Konferenz war sich auch darin einig, daß die Lohnerhöhungen, denen prompt noch viel höhere Preissteigerungen für die Bergwerksförderung folgen, den Arbeitern einen nur rasch vorübergehenden wirtschaftlichen Vorteil bringen. Durch die einsetzenden Warenpreiserhöhungen wurde die Lohnerhöhung schnell wieder ausgeglichen. Die enormen Kohlenpreiserhöhungen kehrten sich also auch gegen die Bergleute. Wirklich helfen kann nur ein Preisabbau auf der ganzen Linie, vielleicht beschleunigt durch Lieferung von Naturalien an die Belegschaften gegen einen Teil des Geldlohnes.

Ueber das Siedelungswesen für Bergarbeiter wurde eingehend referiert. Hierbei stellte sich heraus, daß infolge des Mangels an geeigneten, von Arbeitern getragenen Baugenossenschaften und der längst vorbereiteten umfassenden Bauorganisation der Werksbesitzer die Gefahr besteht, daß die aus den Mitteln der Kostenpreiserhöhung hergestellten Bergmannswohnungen den Charakter von Werkswohnungen (Kolonien) erhielten. Gewisse Unternehmer arbeiten auf dieses Ziel beharrlich hin, wobei ihnen zu Hilfe kommt, daß sie sich zum großen Teil in dem Besitz der Baumaterialien befinden. Es müsse, eventl. durch unzweideutige Gesetzesbestimmungen, dafür gesorgt werden, daß die auf Kosten der Allgemeinheit entstehenden Bergwerkssiedelungen nicht schließlich in den Besitz der privaten Werksunternehmer übergingen. Arbeiterseits müsse, unter Beratung durch Sachverständige, die Bildung von Baugenossenschaften G. m. b. H. auf solider Grundlage erfolgen, damit die Wohnungsherstellung kein privatkapitalistisches Geschäft würde.

Die Frage der Bergbausozialisierung war Gegenstand einer längeren, sehr anregenden Aussprache mit einleitendem Referat. Erörtert wurden die Wissellsche Planwirtschaft, die Vorschläge des Direktors Horten, der Bericht der englischen Untersuchungskommission betr. die Bergbauverstaatlichung, im Zusammenhang damit der vorläufige Bericht der deutschen Sozialisierungskommission. Das deutsche Kohlenwirtschafts- und das Kaliwirtschaftsgesetz wurden in ihrer praktischen Wirksamkeit kritisch beleuchtet und die Notwendigkeit einer raschen Revision dieser Uebergangs-Wirtschaftsgesetze nachgewiesen. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft müßte gesetzlich mit einem stärkeren Einfluß auf die Praxis dieser Gesetze ausgestattet werden. Desgleichen seien die Verbraucher stärker zu berücksichtigen, denn die Gefahr eines „Gruppenkapitalismus“, herauswachsend aus der Geltendmachung engster Berufsinteressen in den Selbstbewirtschaftungskörpern, müsse gebannt werden. Der Grundfehler sei, daß die privaten Werksbesitzer nicht nur Besitzer der Produktionsstätten und Handelszentralen geblieben, sondern durch die Gesetzgebung noch stärker syndiziert seien wie vor dem Kriege. Die entscheidende Reform sei die Enteignung der privaten Unternehmer zugunsten der Allgemeinheit, wobei man die Vorschläge der Sozialisierungskomission in ihrem vorjährigen Bericht zum Leitfaden nehmen könne. Keine Verstaatlichung und Bureaukratisierung der Bergbauwirtschaft, sondern ihre Sozialisierung und ihre Fortführung durch eine nicht durch bureaukratisch-fiskalische Fesseln gebundene gemeinwirtschaftliche Betriebs- und Verteilungsorganisation müsse das Ziel sein. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung angenommen:

> „Die Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes begrüßt den Wiederzusammentritt der Sozialisierungskommission in der Hoffnung, daß ihre Beratung zur Vorlage eines großzügigen Sozialisierungsplans für den Bergbau führen und daß diesen Vorschlägen entsprechend die gesetzgebende Körperschaft des Reiches recht bald handelt. Die Konferenz erwartet von der Sozialisierungskommission solche Vorschläge, durch deren Verwirklichung die jetzige Besitzform im Bergbau grundsätzlich geändert wird. Die Abschaffung der privatkapitalistischen Bergbauwirtschaft, ihre Ersetzung durch eine auf sozialpolitischer Basis beruhenden Kohlen-Wirtschaftsgemeinschaft muß erfolgen in einer Weise, die die dem Privatbetrieb eigenen Vorteile ausnutzt und doch die dem privatkapitalistischen Betriebe anhaftenden antisozialen Nachteile ausschaltet.“

Allgemein wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Sozialisierung mit einer erhöhten Produktivität einhergehen müsse und daß der „syndikalistische Sozialismus“ nur ein Zerrbild der Sozialisierung sei, lediglich geeignet, den Gegnern der Sozialisierung Wasser auf ihre Mühlen zu treiben. In der Erkenntnis, daß unser Wirtschaftsleben nur durch die rationellste Ausnützung der Produktionsmittel wieder gesunden würde, wurde an alle in Betracht kommenden Faktoren die Aufforderung zur intensivsten Mitarbeit gerichtet. Hierbei wurde nicht zuletzt des Transportwesens gedacht. Der Wagenmangel schädige noch immer in erheblichem Maße die Arbeitsmöglichkeit. Insbesondere wurde aus dem größten deutschen Eisenerzgebiet, Siegen-Nassau, bittere Klagen über den starken Wagenmangel geführt, der der Eisenbahnverwaltung schon wiederholt bekannt gegeben wurde. Die Konferenz nahm hierzu einstimmig eine entsprechende Entschließung an.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Verbandsangelegenheiten schloß der Verbandsvorsitzende Husemann die Konferenz mit der Aufforderung, die Bergleute möchten bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Pflicht tun, damit im Reichsparlament eine Mehrheit für die Sozialisierung des Bergbaus zustande komme.

Aus aller Welt.

Berlin. Eine ganze Familie vergiftet. In der Nacht zum Himmelfahrtstage vergiftete sich der 35 Jahre alte Fabrikarbeiter und Portier Werner, und ebenso dessen 28jährige Ehefrau und ihre vier Kinder. Werner war seit längerer Zeit arbeitslos und seine Frau krank. Einzelnen Blättern zufolge soll er sich auch verschiedene strafbare Handlungen haben zuschulden kommen lassen und seine Festnahme befürchtet haben.

Rom, 13. Mai. Ein Diplomatenkoffer gestohlen. Mailänder Blätter melden, daß dem hier eingetroffenen schwedischen diplomatischen Kurier ein Koffer mit wichtigen Dokumenten, darunter die Korrespondenz der schwedischen Gesandtschaft in Konstantinopel, entwendet worden sei.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wird die Confédération général du Travail aufgelöst?

Protestkundgebungen der Partei. — Haussuchungen bei Jouhaux und anderen Gewerkschaftsführern.

Paris, 12. Mai. Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten, der Nationalrat der sozialistischen Partei und deren ständiger Verwaltungsausschuß erlassen einen Protest gegen den Beschluß der Regierung, eine Untersuchung mit der Absicht auf Auflösung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) einzuleiten. Das Vorgehen der Regierung wird als ein Gewaltstreich bezeichnet. Auch die C. G. T. hat einen Protest erlassen, indem sie erklärt, sie habe eine legale Existenz, die sie sich nicht nehmen lasse.

Auch das Zentralkomitee der Liga für Menschenrechte protestiert gegen das Vorgehen.

Die Untersuchung gegen die C. G. T. ist gestern damit begonnen worden, daß an ihrem Sitze sowie bei ihren fünf führenden Gewerkschaftsführern, darunter auch bei Jouhaux, Haussuchungen gehalten wurden. Es wurden überall Papiere beschlagnahmt. Im Laufe des gestrigen Tages sind übrigens sowohl in Paris als auch in der Provinz viele Verhaftungen von Streikführern vorgenommen worden.

Ueberall Verschärfung der Streiklage.

Paris, 12. Mai. Nach „Havas“ streiken die Elektrizitätsarbeiter in Bordeaux. In Cherbourg hat sich der Streik gestern wesentlich verschärft. Bei den Bergarbeitern des Pas de Calais ist der Streik allgemein. In Lens und Liévin haben die Arbeiter für den Wiederaufbau die Arbeit niedergelegt. In Valenciennes hat sich der Streik verschärft. Im Kohlenbezirk von Anzin hat der Ausstand an Ausdehnung gewonnen. In Roubaix ist der Streik allgemein bei den Bau- und Transportarbeitern, jedoch nur partiell bei den Metallarbeitern. Im Bezirk von Valenciennes ist der Ausstand bei den Bau- und Metallarbeitern allgemein. In Paris macht sich der Streik im Verkehr nicht besonders geltend, da viele freiwillige Hilfskräfte eingegriffen haben. Die Versorgung mit Elektrizität soll nach Mitteilungen aus Regierungskreisen sichergestellt sein.

Die Nichterfüllung des Friedensvertrags.

Paris, 13. Mai. Wie „Temps“ aus London meldet, hat der englische Minister des Aeußeren Parie eine ausführliche Liste der angeblichen Verletzungen des Friedensvertrags durch Deutschland erhalten, da England bis jetzt dieser Frage nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt hat, wie Frankreich.

Keine Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe.

Der Verbandstag der deutschen Bauarbeiter-Verbände in Karlsruhe beschloß, der „Freiheit“ zufolge, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der baugewerblichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbände.

Nachrichten aus Amerika.

Washington, 13. Mai. Reuter. Der bisherige Direktor für das Eisenbahnwesen ist im Begriff, in einem vertraulichen Auftrage Wilsons nach Europa zu reisen. Der Zweck seiner Reise ist, die Besitzrechte an den Schiffen festzustellen, die gegenwärtig unter deutscher Flagge auf der Donau, der Elbe, dem Rhein und der Oder verkehren. Die an der Angelegenheit interessierten Nationen, Belgien, die Tschechoslowakei und Rumänien hatten Wilson um Ernennung eines Schiedsrichters gebeten.

Washington, 13. Mai. Reuter. Präsident Wilson hat eine Bill unterzeichnet, die die Deportation von Deutschland und anderen Ausländern, die während des Krieges interniert waren, zuläßt.

Versammlungs-Kalender

Bockwitz. Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet hier im Lokale von Wadau eine **öffentliche Wählerversammlung** statt, in der Genosse **Pikard-Halle** über die kommenden Reichstagswahlen sprechen wird. Nach dem Referat findet freie Aussprache statt. Genossen sorgt in allen Kreisen für guten Besuch.
Der Vorstand.

Delitzsch. Am Sonnabend, den 15. Mai, abends 8½ Uhr findet die fällige Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“ statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.
Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200514-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
Anfang 7½ Uhr:
Heute Freitag,
zum letzten Male:
„Polenblut".
Sonnabend Premiere:
Czardasfürstin.
Kasse 10—1½ u. ab 5.

1687
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Haassengler,
Metallwarenfabrik, Battstraße 17. Telefon 1196.
Gegründer 1839.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Staatssekretär Heinrich Schulz
und
Reichstagskandidat Zivilkommissar
Richard Krüger

sprechen am **kommenden Sonntag, vorm. ½ 11 Uhr**, im
Walhalla-Theater
gegen Reaktion und Klassenhetze!
Gegen Diktatur!
Für Demokratie und Sozialismus!

Apollo-Theater
Täglich 8 Uhr: Heute letzte Aufführung!
„Der vertauschte Anton".
Sonnabend, den 15. Mai:
Der große Lachschlager:
Fliegentütenheinrichs Hochzeit
mit Paul Beckers in der Hauptrolle.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 15. Mai, Anfg 7½, Ende 10 Uhr:
Das Dorf ohne Glocke.
Sonntag nachm.:
Hannerl.
Sonntag abend:
Hans Helling.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 16. Mai 1920, abends 7½ Uhr:
Pension Schöller.

Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

Das grosse Schauspiel in 5 Akten
„Gaukelspiel des Glücks"
In den Hauptrollen:
Gudrun Houlberg
Carlo Wieth.
Vorführung: 4.40. 6.50, 9.10.

Paul Heidemann
in dem Lustspiel in 3 Akten
Die verflixten Küsse
Vorführung: 4.10, 6.20, 8.30

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr.

Alte Promenadella
Fernruf 5738.

Erst-Aufführung
des in Dresden 14 Tage lang vor ständig ausverkauftem Hause vorgeführten
Hagenbeck-Films
Darwin
oder: Im Fieber unter Afrikas Tropensonne
6 Akte mit
Rio Jende
Madge Jackson.
Prächtige Aufnahmen aus d. afrikan. Urwald, fesselnde Raubtierjagden a. Elefanten, Bären, Affen usw.
Vorführung: 4.40. 6.50, 9.10.

Der Schrecken von Mottenburg
oder „Meschugge ist Trumpf!"
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
Vorführung: 4.00. 6.10. 8.20.

Schönau, Naturaufnahme

Beginn 4 Uhr.

Die Abendvorstellungen beginnen 8.15 Uhr.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur **Dampfwaschanstalt Fellerer**
Spezialität: Hals- u. Hollmäche nach Gewicht.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.

Billiger Verkauf
von Wäsche aller Art zu
Braut-Ausstatt.
wie Bettwäsche, Tischwäsche, Handtücher und Damenhemden usw.
Ferner:
Herren-Normal- u. Macco-hemden mit u. ohne Einsatz. Herren-Hosen, Anzüge und dergleichen zu außergewöhnlichen Preis.
Keine Laden, nur I. Etg.
Schmeerstraße 5.

ZOO.
Sonntag, den 15. Mai, nachm. von 4—6 Uhr:
Konzert
an der Waldschänke.

Solbad „Fürstenthal"
Robert Franzstrasse 10. Telephon 2640, ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 8 Uhr.

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Elegante Damenschuhe
aus prima Leder
in großer Auswahl
äußerst preiswert.
H. Krasemann,
nur Schmeerstr. 19.

Ueberreich. Kindersegen!
Auskunft 2 M. v. E. Burghardt, Zwickau in S., Richardstr. 15.

O. Keimsath & Sohn
Schneidermeister, Steg 19
empfiehlt sich zu
allen vorkommenden Arbeiten.

Leder-Ausschnitt
sehr vorteilhaft
Bedarfsartikel
Schäfte
Wilh. Kranig,
Lederhandlung,
Neue Promenade 15.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Thalia-Theater
Grosse Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft v. Europa u. um 10000 Mk. in bar.
Heute Freitag:
Herausforderungsboxkampf:
Heise, Am. Boxer v. Halle — gegen — Jankowsky, Mstr. v. Masuren
ferner ringen:
Roland, Europa — gegen — Huber, Schweiz
2 gr. Entscheidungskämpfe:
Hennig, Sachsen — gegen — Jackson, Deutsch-Amerika.
Zaremba, Polen — gegen — Schwarzbauer, Hamburg
Vorher das brilliante Varieteeprogramm.
Einheitspreise: 4,50 u. 2,90 Mk.
(inkl. Billetsteuer)
Kassenöffnung ½7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Achtung! Achtung!
Dölau und Zscherben u. Umgebung.
Alte Sozialdemokratische Partei.
Sonnabend, den 15. Mai, abds. 8 Uhr, im Palmbaum in Dölau,
Sonntag, den 16. Mai, abends 7 Uhr, im Gasthof in Zscherben
2 Wählerversammlungen.
Tagesordnung:
1. Die Reichstagswahl — Deutschlands Schicksalsstunde. (Redner: Bürgermeister Kleeis, Halle.
2. Freie Aussprache.
Alle wahlberechtigten Männer und Frauen von Dölau, Zscherben und Umgegend sind freundl. eingeladen.
Eintritt 30 Pfg. Der Einberufer.

Auf Kredit
liefere ich moderne
Herren-Anzüge
schon von 465 Mk. an.
Bequeme Teilzahlung.
Carl Klingler, Halle, Leipzigerstrasse 11, nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Den wirklich echten
Nordhäuser Kautabak
bekommen Sie stets täglich frisch eintreffend im
Zigarrenversandhaus **Emil Friedrich,**
Friesenstrasse 22.

Strohhüte
in modernen Formen u. allen Preislagen empfiehlt preiswert
J. Kaliga. Gr. Klausstr. 35.

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Halle!
Die grosse Film-Operette
Hannemann, ach Hannemann
fang blos nischt mit die Mädels an!
5 Akte. — Text und Musik von Rich. Jäger.
In den Hauptrollen:
Henry Bender - Molly Wessely
Grosse Gesangsschlager. Duette. Terzette. Couplets usw. unter persönlicher Leitung der Opernsängerin Frl. Ohliger aus Berlin und Mitwirkung von erstklassigen Künstlern und Künstlerinnen.
Gr. Ulrichstrasse 51, Fernruf 4681.
Einlass 3½ Uhr
Beginn 4 Uhr.
Wochentags Einlass 3½ Uhr. — Beginn 4 Uhr.
Letzte Vorstellung, 8 Uhr 15 Min.

2 Wähler-Versammlungen!

Dr. Schreiber, Abgeordneter z. Landesverf.
spricht am **Sonnabend, den 15. 5., abends 8 Uhr**, in der **Aula** der **Martinschule**, Charlottenstraße.

Pfarrer Geibel, Wittenberg,
spricht am **Montag, den 17. 5., abends 8 Uhr**, im **Reform-Realgymnasium**, Friesenstraße, über das Thema:
„Geistige Ziele im neuen Deutschland".

Angehörige aller Parteien sind zu diesen Versammlungen eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg. Eintritt.

Deutsche demokratische Partei.

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter von Dienstag, den 11. d. Mts. ab 25 Gramm für 75 Pfg.

Viktoria-Erbsen, vom Dienstag, den 11. d. Mts. ab auf Abschnitt Nr. 128 der Lebensmittelscheine je ½ Pfund für 2.10 M. bei Abendroth, Büttermann, Döring Gottschalk, Hesse, Hoyer, Konsum-Verein, Münzer-Markt, Franz Naumann, Pönitzsch, Reichert, Richard Werner, F. A. Werner, Leipzigerstraße.

Kartoffeln: 11. Woche, 3 Pfund, das Pfund für 20 Pfg.

Krankenbrot vom 17. d. Mts. ab bei Frohne, Gutezeit, Sengling und Voigt, Halleschestraße auf Weißbrotkarten für Kinder und Kranke 325 gr für 95 Pfg.

Margarine vom Dienstag, den 11. d. Mts. ab auf Butterkarten der 21. Woche je 100 Gramm für 3,70 M.

Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich je ½ Pfund Hafermehl das Pfund für 2,00 M. oder ½ Pfund Auslands-Grieß für 2,60 M. das Pfund in den Bäckereien Brötze, Max Hennig und Weißer.

Speisebohnen von Dienstag, den 11. d. Mts. ab gegen Vorzeigung der Brotkarte je ½ Pfund für 2,10 M.

Delitzsch, den 8. Mai 1920.

Der Magistrat.

Weißenfels

Betrifft Reichstagswählerlisten.
Die Wählerlisten der Stadt Weißenfels liegen außer der in unserer Bekanntmachung genannten Zeit von
Freitag, den 14. Mai ds. Js.
ab noch während des Nachmittags von 4—7 Uhr im hiesigen Meldeamts-Stadthaus, Eingang Rosalaskweg — zur Einsicht aus.
Weißenfels, den 12. Mai 1920.
Der Magistrat.

Auszahlung der Familienunterstützungen.
Die nächste Auszahlung der Familienunterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen findet am **Sonnabend, den 15. Mai 1920** in der Stadthauptkasse (Rathaus), Zimmer Nr. 5 vormittags 7 bis 12 Uhr statt.
Die Empfänger haben jede wichtige Veränderung ihrer Verhältnisse (Geburt und Tod bei Kindern, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern, Uebernahme lohnender Arbeit, Bezug von Hinterbliebenenrente, Erwerb von Vermögen usw.) dem Kriegsunterstützungsamte (Rathaus, Zimmer Nr. 7) anzuzeigen. Insbesondere ist sofort mitzuteilen, falls der Einberufene vom Militär entlassen bezw. bis Entlassung beurlaubt ist.
Weißenfels, den 12. Mai 1920.
Der Magistrat.

Quarkverkauf.
Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 19 Margarinemarken Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.
Konsum, Schillerstr., 5851—7050.
Die Abholung hat bis zum 15. Mai, abends 6 Uhr, zu erfolgen.

Elegante Herren-
Stroh- Haartilz- Woll- und Ulster-Hüte
in größter Auswahl
33 Herold & Schröder 33
Grosse Steinstrasse
Fernruf 4536.

Stellen finden
Tischler
f. Möbelhausgeschäft zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnforderungen u. r. B. R. 1529 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4, erbeten.

Zu verkaufen
Pianos
neu und gebraucht, sehr preiswert, auch auf Teilzahlung.
Lüders, Mittelstr. 9/10.

Bauhölzer
5 Stück 18×20.
40 Stück 13×15.
Sehr gut erhalten zu verkaufen.
W. Taube, Seeben.

3 Meter guten Herrenstoff neu sofort verkäuflich
Rannischestr. 18, l. links.

Elegant garnierte
Damen-Hüte
von 38 Mk. an.
Schicke moderne Formen
von 12 Mk. an.
33 Herold & Schröder 33
Grosse Steinstrasse
Fernruf 4536.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200514-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Distrikt 1, 2 und 4 Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 Uhr im St. Nikolaus, Nikolaistraße.

Distrikt 9 und 9a. Sonnabend, den 15. Mai, abends 7 Uhr, Versammlung im Distriktslokal, „Zum Schultheiß", Merseburger Str. 10. Tagesordnung: Wahlangelegenheiten, Verschiedenes.

Distrikt 17, 18, 18a, 19 und 20 Sonnabend, den 15. d. M., abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Emmer, Eichendorffstraße 19.

Distrikt 12 und 13. Sonnabend 8 Uhr Aktienbrauerei, Dessauer Straße.

16. Distrikt. Morgen, abends 8 Uhr, treffen sich alle Genossen und Genossinnen im Distriktslokal, Yorkstr. 9, zur Besprechng wichtiger Wahlangelegenheiten.

Vollzähliger und pünktlicher Besuch ist dringend geboten.

Verein Arbeiterjugend. Heut abend Spiel- und Unterhaltungsabend. Außerdem wichtige Besprechung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Der Vorstand.

„Freier Sängerchor". Da Herr Lissel verhindert ist, fällt die Singestunde kommenden Freitag aus und wird später nachgeholt. Am Sonntag, den 16. Mai, von 5 Uhr an gemütlicher Vereinsabend im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Straße 10. Wir bitten alle Sangesbrüder und Parteigenossen mit ihren werten Angehörigen zu erscheinen. Nachdem der Verein am 1. Mai bewiesen hat, was er unter der Leitung seines Dirigenten zu leisten vermag, richten wir wiederholt die dringende Bitte an alle sangeslustigen Parteigenossen, dem Verein beizutreten und für uns immer mehr Mitglieder zu werben.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 14. Mai 1920.

Die Reichswahlkarte.

Für Wähler auf Reisen.

Wer am Tage der Reichstagswahl nicht an seinem Wohnort, in dem er in die Wahlliste eingetragen ist, anwesend ist, muß sich mit einem Wahlschein versehen. Zuständig für die Ausstellung dieses Wahlscheins ist die Gemeindebehörde, in der der Wähler seinen Wohnsitz hat. Auf Grund dieses Wahlscheins ist der Wähler berechtigt, an jedem beliebigen Orte seine Stimme abzugeben. Der Wahlschein enthält den Vermerk, daß der Betreffende an seinem Wohnorte in der Wahlliste gestrichen ist.

Die Schwierigkeiten der Wohnungsbeschaffung.

Vom städtischen Wohnungsamt wird uns geschrieben:

Die in unserer Stadt herrschende Wohnungsnot kennzeichnet die Tatsache, daß das Wohnungsamt z. Zt. fast ausschließlich damit beschäftigt ist, drohende Obdachlosigkeit zu verhindern, Flüchtlinge und diejenigen Familien, die exmittiert werden sollen, in neugeschaffenen, in der Regel durch Teilung größerer Wohnungen entstandenen Wohngelegenheiten unterzubringen.

Die Zahl der innerhalb Jahresfrist vom Wohnungsamt neugeschaffenen Wohnungen beträgt über 1300, diejenige der vergeblich wohnungsuchenden Familien jedoch jetzt über 6000. Bei der Unmöglichkeit, dieses Mißverhältnis, das immer größer zu werden droht, in absehbarer Zeit zu beseitigen, sollte sich das Publikum mehr als dies jetzt geschieht, mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden suchen und nicht unmögliches vom Wohnungsamt verlangen. Alle die im Wohnungsamt zur Rechtfertigung einer Bevorzugung vorgetragenen Gründe sind in der Regel stichhaltig, es ist aber nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen, ihnen im gewünschten Maße zu entsprechen, ebenso muß auf Seiten der Besitzer großer Wohnungen und Villen auf größeres soziales Verständnis und Entgegenkommen gerechnet werden, damit nicht noch einschneidendere Maßnahmen erforderlich werden.

Seit Einführung der Generalvermietung durch das Wohnungsamt werden die verfügbaren Wohnräume nach festen Grundsätzen vergeben, die die Reihenfolge der Anmeldung, die besondere Dringlichkeit des Falles und die Geeignetheit des Mieters in bezug auf Größe und Preis der betr. Wohnung berücksichtigen. Eine Sichtung der Wohnungssuchenden ist, da von vornherein nur wenige befriedigt werden können, unbedingt erforderlich, weshalb eine Prüfung der Wohnungsbedürftigkeit des einzelnen Wohnungsuchenden der Zuteilung einer Wohnung stets vorausgeht. Verlobte, die erst einen Hausstand gründen wollen, haben deshalb geringe Aussicht, Wohnungen zu erhalten, noch weniger diejenigen, die nicht in Halle selbst ihrer Beschäftigung nachgehen. Verhandlungen zwischen Vermietern und Mietern, die nicht vom Wohnungsamt zugewiesen sind, sind zwecklos. Ebenso werden fertig vorgelegte Mietverträge über Wohnungen, die noch nicht gemeldet sind bezw. bei welchen Mieter vom Wohnungsamt noch nicht zugeteilt wurden, zurückgewiesen. Auch jede Art Wohnungstausch unterliegt der vorherigen Zustimmung des Wohnungsamtes, insbesondere kann ein Tausch der Wohnungen zwischen hier Ansässigen und auswärts Wohnenden nur in besonderen Fällen und nach genauer Prüfung der Zweckdienlichkeit genehmigt werden. Widerrechtlich bezogene Wohnungen werden polizeilich geräumt.

Eine Kontrolle des Mietwechsels ist durch Einsichtnahme in die polizeilichen An- und Ummeldungen durchgeführt.

Linienänderung der Städtischen Straßenbahn.

Ab Sonnabend, den 15. Mai,, treten folgende Aenderungen der Städt. Straßenbahn ein:

a) Die Wagen der Linie 1A laufen von Trotha (Bahnhof) die bisherige Strecke, jedoch bis zum Böllberger Weg.
b) Die Wagen der Linie 1 fahren nur noch bis Trotha (Kaffeegarten).
c) Jeder 2. Wagen der Linie 6 läuft vom Stadtgut (Böllberger Weg) bis zum Schlachthof. Diese Wagen führen in der Kopflaterne die Bezeichnung 6A.
d) Jeder 2. Wagen der Linie 2 läuft vom Hettstedter Bahnhof bis zum Hauptbahnhof, statt wie bisher zum Schlachthof. Diese Wagen führen in der Kopflaterne die Bezeichnung 2A.

Die Kopfschilder erhalten statt dem bisherigen bunten, einen weißen Untergrund mit schwarzer Schrift.

* **Fundsachen der Straßenbahnen.** In der Zeit vom 1. bis 30. April 1920 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden: 21 Regenschirme, 13 Spazierstücke, 19 Paar Handschuhe, 7 einzelne Handschuhe, 13 Portemonaies, 1 Schal, 2 Mützen, 1 blaue Bluse, 1 Brosche, 1 Pompadour, 4 Handtaschen, 2 Wachstuchtaschen, 1 Damenhemd, 2 Marktbeutel, 1 Paket enth. 2 Schürzen, 8 Essentöpfe, 8 Schlüssel, 1 Glasauge, 1 Kaffeeflasche, 1 Thermosflasche, 1 Trauring, 1 Ausklopfer, 1 Hundehalsband, 1 Spirituskocher, 1 Paß, 1 Notizbuch, 1 Sack, Inh. Gerste, 2 Mehlsäcke, 1 Monatskarte, 2 Lehrbücher, 1 Atlas, 1 Rohrschneider, 1 Paket alte Zeitungen, 1 Rolle Draht, 1 Paket Tabak, 1 Paket Briefpapier, 1 zusammenlegbares Notenpult, ein Zweimarkschein, ein Einmarkschein.

Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 980, 981 B. G. B. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbüro Berliner Straße 1 innerhalb einer Frist von 3 Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert. Der Zeitpunkt der Versteigerung wird seinerzeit bekannt gegeben.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Dazu wird uns geschrieben: Die Bestrebungen der Angestellten im Baugewerbe betr. Verlängerung des bestehenden Bezirkstarifes auf einer Basis, welche es ermöglicht, die Gehaltssätze den heutigen Zeiten entsprechend heraufzusetzen, sind bisher leider noch zu keinem Ergebnis gekommen. Auf alle diesbezüglichen Eingaben an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, sich zu Verhandlungen mit der Tarifkommission zusammen zu finden, wird nur brieflich Bescheid gegeben, daß heißt die Tarifkommission in jeder Beziehung ausgeschaltet. Eine vorgestern abend im Ratskeller zu Halle stattgefundene Versammlung der technischen und kaufmännischen Angestellten im Baugewerbe beschäftigte sich eingehend mit dieser Sachlage. Die Taktik der Arbeitgeber wurde am besten dadurch gezeichnet, in dem der Versammlung Mitteilung von einem Schreiben des Herrn Architekt Bruno Föhre gemacht wurde, in welchem es u. a. heißt:

„Nach den hiesigen Tarifen würden Sie ein Gehalt von 650 Mark pro Monat zu beanspruchen haben. Ich möchte jedoch auf alle Fälle vermeiden, ein Engagement auf der Gehaltsbasis der Tarifverträge abzuschließen, vielmehr die Festsetzung des Gehalts freier Vereinbarung vorbehalten. In diesem Falle wäre es naturgemäß ausgeschlossen, daß ich Gehaltserhöhungen eintreten lassen könnte, falls die hiesigen Tarife im Laufe der Zeit etwa höhere Gehälter vorsehen sollten. Ein höheres Gehalt möchte ich vielmehr von den Leistungen des betreffenden Herrn abhängig machen."

Herr Föhre hat selbst beim Zustandekommen des alten Bezirkstarifes gewirkt! Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute (11. Mai 1920) im Ratskeller zu Halle versammelten technischen und kaufmännischen Angestellten protestieren aufs schärfste gegen die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber im Baugewerbe in bezug auf die Verlängerung des Bezirkstarifes für das Baugewerbe unter für die Angestellten günstigeren Bedingungen. Gleichzeitig protestieren die Angestellten gegen die vom hiesigen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beliebte Taktik, statt mit der Tarifkommission in Verhandlungen zu treten, alle dahingehenden Wünsche selbstherrlich auf brieflichem Wege nach ihrem Gutdünken regeln zu wollen. Die Angestellten im Baugewerbe weisen eine solche Verhandlungsart aufs schärfste zurück und sind gewillt, falls darin keine sofortige Aenderung eintritt, mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln für ihre Forderungen einzutreten." Nicht unerwähnt möge sein, daß in den beteiligten Geschäften schon Abstimmungen über einen evtl. Streik stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß rund 95 Prozent der Angestellten dafür gestimmt haben.

Frauen, Wählerinnen!

Auf zur öffentlichen Wählerversammlung **heute abend** 8 Uhr in den Weißbierhallen. Frau Else Scheibenhuber-Berlin spricht über

„Die Reichstagswahlen und die politischen Rechte der Frauen"

Keine Wählerin, die es mit ihrem Wahlrecht ernst nimmt, darf in dieser hochwichtigen Versammlung fehlen.

Das schöne Halle.

So betitelt sich ein Buch, welches kürzlich im Verlage von Ludwig Hofstetter in Halle erschienen ist. Sein Verfasser, Architekt Otto Glaw, will mit diesem ansprechenden Schriftchen „eine Erziehung zum schönen Schauen" geben und „Vorschläge für die bauliche Neugestaltung unserer Saalestadt" machen. Nach dem Studium des Werkes, das in einfacher warmer Sprache geschrieben ist, wird jeder zu dem Schlusse kommen, daß dem Autor diese Absicht voll und ganz gelungen ist. Allerdings werden der Ausführung seiner Vorschläge deshalb besondere Schwierigkeiten im Wege stehen, weil unsere Stadtfinanzen Umbauten, welche besonders hohe Kosten verursachen, nicht erlauben. Trotzdem könnte das städtische Bauamt sicherlich manchen guten Gedanken des Verfassers beherzigen. Als Hallenser Kind und „Fachmann" bringt er neben der Liebe für unsere alte Saalestadt eine feine Beobachtung für alle baulichen Veränderungen des Stadtinnern mit. Mit der Kritik hält er dort nicht zurück, wo durch stilwidriges unschönes Bauen der Rahmen unserer Stadt verschandelt wurde. Seine Warnungen finden hoffentlich für die Zukunft Gehör und lassen weitere Fehler in der Baukunst vermeiden. Die Schrift soll aber nicht nur dem ausübenden Baukünstler zur Richtlinie dienen, sondern alle Bürger auf die vielen architektonischen Schönheiten Halle aufmerksam machen. Die zahlreichen gut ausgeführten Bildbeigaben von besonders eindrucksvollen alten und neuen Bauten sollen ebenfalls diesem Zwecke dienen. So kann das Buch allen empfohlen werden, die Sinn für Baukunst haben oder sich denselben erwerben wollen, wie denjenigen, welche mit Interesse die Ausgestaltung unserer Stadt verfolgen.

Vier schwere Jungen

hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts Halle zu verantworten. Eine ganze Reihe erfolgreicher Raubzüge, darunter auch der in der Nacht zum 15. Oktober v. J. ausgeführte Einbruch in das Gewerkschaftshaus, kommen auf ihr Konto. So hatten sie am 1. Oktober beim Kaufmann Mackenroth 100 Pfund Schokolade, Leberwurst, Sekt und Likör gestohlen und einen Geldschrank erbrochen. Aus dem Büro des Metallarbeiterverbandes im Gewerkschaftshause wurden aus zwei schweren Geldschränken 12 000 Mark und eine reiche Münzensammlung gestohlen. Für 16 000 Mark Pelze erbeuteten die Verbrecher im Geschäft von Kaliga am 18. Oktober. An diesen Raubzügen waren beteiligt, der Kellner Walter Köchlin, Werkzeugmacher Hermann Krüger, beide schon vorbestraft, ferner Handlungsgehilfe Ernst Schädel und Malermeister Paul Gräfenstein. Vor Gericht leugneten alle Angeklagten die Teilnahme an den Einbrüchen und Diebstählen hartnäckig ab. Da aber genügend Beweise ihrer Schuld vorlagen, erkannte das Gericht bei Köchlin auf drei, bei Krüger auf fünf und bei Schädel und Gräfenstein auf je zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus, wozu ein Ehrverlust von zehn Jahren hinzukommt. Von der Untersuchungshaft wurden jedem fünf Monate als verbüßt angerechnet.

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten in Halle
am Montag, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Wahl eines Mitglieds für die Stadtbaudeputation. 2. Aenderung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung. 3. Richtlinien für Uebernahme von Grabpflege. 4. Gehaltstarif für Büroangestellte. 5. Vorschußzahlung auf die neue Gehaltsfestsetzung. 6. Besoldungsdienstalter für technische Beamte. 7. Erhöhung der Vergütung nebenamtlicher Lehrkräfte. 8. Bewilligung von Ueberteuerungszuschüssen. 9. Nachbewilligung für Kleinwohnungen Weingärten 11. 10. Untersuchungskosten für Berufsberatungen. 11. Nachbewilligung für die Gimritzer Gutsbrücke. 12. Pflasterung im Hofe des Hospitals. 13. Verrechnung von Kosten für Schulprojekte. 14. Instandsetzung der Lichtanlage in der Moritzburg. 15. Antrag auf freie Lernmittel für Volksschulkinder. 16. Nachbewilligung für Kapitel II D. 1 des Hauptetats. 17. Beitritt zum Braunkohlensyndikat. 18. Entlastung der Rechnung des Hospitals für 1914. 19. Desgl. der Straßenbahn 1915. 20. Desgl. des Leihamts 1916. 21. Desgl. des Schlacht- und Viehhofs 1915. 22. Desgl. der Stiftung Adelheidsruh usw. 23. Desgl. des Elektrizitätswerks 1914. 24. Desgl. des Baukontos „Blaue Türme". 25. Desgl. der gewerblichen Fortbildungsschule 1918. 26. Desgl. der Handels- und Gewerbeschule 1918. 27. Desgl. des Leihamts 1915. 28. Desgleichen des Riebeckstifts 1915. 29. Desgl. über 91 Stiftungen 1915. 30. Antrag betr. Ernährung von Schwangeren. 31. Anfrage betr. Herabsetzung der Zuckerration. 32. Anfrage betr. Verlegung der Eisenbahndirektion und der Zentrale für Luftverkehr. — Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. J. V.: Keil.

Schließung der Kinos.

Dazu wird uns geschrieben:

Wie bereits gestern mitgeteilt wurde, haben die Hallischen Kinobesitzer in ihrer am 10. Mai stattgefundenen Versammlung zu der am 3. Mai in Kraft getretenen neuen Kinosteuer Stellung genommen.

Der Einführung dieser Steuer geht folgende Vorgeschichte voraus: Als der Vereinigung bekannt geworden war, welche Staffelung die neue Lustbarkeitssteuervorlage erhalten sollte, wandte sie sich mit ihrer Eingabe vom 8. Februar an die Stadtverordneten-Versammlung und legte ihr die Unmöglichkeit des Weiterbestehens der Kinotheater nach Einführung der neuen Steuern dar. Nachdem trotzdem die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer am 9. Februar stattgefundenen Sitzung die Vorlage mit geringer Ausnahme zustimmten, legte die Vereinigung dem Bezirks-Ausschuß in Merseburg in einer eingehend begründeten Eingabe ebenfalls dar, daß die Theater bei den neuen Steuern unmöglich weiterbestehen könnten.

Diese Eingabe unterstützten einige Vertreter der Vereinigung durch eine persönliche Rücksprache bei dem Herrn Regierungspräsidenten unter Anwesenheit der Referenten und Dezernenten und Mitgliedern des Bezirksausschusses in Merseburg. Die regierungsseitig anwesenden Herren betonten gelegentlich dieser Rücksprache ausdrücklich, daß einer derart einschneidenden Maßnahme nicht kurzer Hand die Genehmigung höherer Stellen erteilt werden könne.

Die Vorlage wurde alsdann auch noch weiter erörtert, fand aber am 9. März doch die Genehmigung des Bezirksausschusses und am 26. April die des Oberpräsidenten in Magdeburg.

In der am Dienstag stattgefundenen Versammlung der Vereinigung in den C. T.-Lichtspielen in Halle waren sich nun sämtliche Mitglieder darin einig, daß die heutigen Verhältnisse auch höhere finanzielle Anforderungen an die Kommunalverwaltungen auch der Stadt Halle stellen und infolgedessen auch die Kommunalabgaben höhere sein müssen als in früheren Zeiten. Mit Rücksicht darauf haben denn auch die Kinobesitzer Halles von dem ursprünglichen Entschluß, sofort bei Eintreten der in ihrer Höhe einzig dastehenden Kinosteuer ihre Betriebe zu schließen, Abstand genommen. Es war vor allem beabsichtigt, die Wirkung der Steuer abzuwarten und festzustellen, ob von den Besuchern die Steuer getragen wird und die Lichtspielhäuser weiterhin lebensfähig bleiben. Das Ergebnis dieses Versuches liegt nun heute nach siebentägiger Probezeit vor. Das Resultat hat sich, wie allseitig bestätigt wurde, noch weit schrecklicher gestaltet, als es von den Lichtspielhausbesitzern ohnehin schon erwartet wurde. Der Besuch der Lichtspielhäuser ist durchschnittlich auf ein Drittel zurückgegangen, die täglichen Ausgaben überschreiten bei weitem die Einnahmen. Die Lichtspielhausbesitzer sind durchweg nicht in der Lage, diese enormen Opfer der Allgemeinheit aus ihrer Tasche zu bringen. Sie sehen sich daher gezwungen, ihren gesamten Angestellten mit Wirkung vom 31. Mai sofort zu kündigen und den Betrieb am 1. Juni zu schließen, wenn nicht inzwischen eine Aenderung in der Steuerordnung eingetreten sein sollte. Zur Durchführung dieser Aenderung wurde bereits eine Eingabe an den Reichsrat gerichtet, um eine Revisionsvorlage auf Grund des am 30. März in Kraft getretenen Landsteuergesetzes zu bewirken.

Wenn man berücksichtigt, daß die Kinoindustrie die drittgrößte Industrie Deutschlands geworden ist so kann doch wohl kaum die Rede davon sein, daß bei Einbringung und Genehmigung der Vorlage die Absicht vorherrschte, die Kinotheater dem Ruin entgegenzutreiben. Wenn man andererseits berücksichtigt, daß das Kinotheater dem Unterhaltungsbedürfnis der Menge gehört, so ist die Genehmigung dieser einzig hohen Steuer unerklärlich.

Es wurde des weiteren festgestellt, das keine Stadt im Deutschen Reiche einer derart hohe Steuer aufzuweisen hat, als Halle und insbesondere hervorgehoben, daß Berlin eine Kinosteuer von 10—40 Prozent eingeführt habe, daß aber sogar dadurch schon 40 Lichtspielhäuser ihren Betrieb gänzlich schließen mußten und eine große Anzahl von Lichtspielhäusern, darunter mehrere mit 800 und mehr Sitzplätzen, ihre Betriebe für die Monate Juni, Juli und August zu schließen gezwungen sind, da es ihnen nicht mehr möglich ist, die Unkosten zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu decken.

Alle Mitglieder waren schließlich darüber einig, daß unnötige Härten vermieden und deshalb die Schließung ihrer Theater bis zum 31. Mai verschieben wollten, um so den Behörden Gelegenheit zu geben, ihrerseits die Härten den Lichtspielhausbesitzern gegenüber herabzumindern.

Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920, das am 20. April 1920 in Kraft getreten ist, wird dem Wunsche der Schwerbeschädigten, insbesondere der Kriegsopfer, nach Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz in weitgehendem Maße gerecht. Im Interesse der als notwendig anerkannten Einheitlichkeit der Arbeitsvermittlung ist es jedoch zu bedauern, daß die diesbezügliche Tätigkeit nicht völlig dem bewährten öffentlichen Arbeitsnachweis überlassen wird. In diesem Sinne erklärte auch ein Abgeordneter in einer Sitzung des Ausschusses der Nationalversammlung für soziale Angelegenheiten, er sei bei Berücksichtigung aller in Frage kommenden Momente noch immer der Ansicht, daß den Arbeitsnachweisen in erster Linie die Vermittlung aller Schwerbeschädigten überwiesen werden sollte, was auch durch die günstige Arbeit des Arbeitsnachweises in der Provinz Sachsen bewiesen werde. Es ist zu hoffen, daß durch die bevorstehende reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens die gesamte Arbeitsvermittlung dem öffentlichen Arbeitsnachweis übertragen wird.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr gelangt das Lustspiel „Femina" von Rossem und Soesmann zur Erstaufführung. Sonnabend wird „Das Dorf ohne Glocke" wiederholt. Sonntag nachmittag 3½ Uhr „Hannerl", Sonntag abend „Hans Heilling", Montag „Der Bajazzo" hierauf „Cavalleria rusticana".

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 16. Mai, abends 7½ Uhr der Schwank „Pension Schöller" von Jacoby und Laufs durch das Stadttheaterpersonal zur Aufführung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200514-18/fragment/page=0005

Das Apollotheater gibt heute Freitag die letzte Aufführung „Der vertauschte Anton". Am Sonnabend, den 15. Mai, folgt die Erstaufführung von „Fliegentütenheinrichs Hochzeit", in welcher **Paul Becker** in der Titelrolle seinen originellen Humor, gemischt mit echt hallischem Dialekt urwüchsig vorführt. Der Vorverkauf hierfür ist eröffnet.

Ringkampf-Konkurrenz Thalia-Theater. Am Mittwoch rangen Buchheim gegen Werner, wobei B. nach 13 Minuten Sieger war. Im zweiten Ringen siegte nach 14 Minuten Seifert über Hirsch. Im Entscheidungskampf zwischen Schwarzbauer und Roland ging Roland nach einer Gesamtzeit von 1 Std. 44 Min. als Sieger hervor. Am Donnerstag wurde der stürmische Kampf zwischen Böhm und Zaremba nach 30 Min. abgebrochen. Es kam während des Ringens oft zu starken Protesten des fast ausverkauften Hauses, da Zaremba sehr unfair rang. Im zweiten Ringen standen sich zwei gute Ringer in Weber und Hirsch gegenüber. Hirsch ging nach 13 Min. als Sieger hervor. Der Entscheidungskampf zwischen Buchheim und Huber wurde ebensogut ausgefochten wie der vorige. B. gewann nach 55 Min. Heute abend kommen auch die Freunde des Boxkampfes auf ihre Rechnung, da zwischen Herrn Heise-Halle und Jankowsky-Masuren ein Herausforderungskampf stattfindet. Von den Ringkämpfen stehen heute zwei große Entscheidungskämpfe auf dem Programm. (Siehe Inserat.)

* **Ein Auto gestohlen.** In der Nacht zum 11. 5. wurde ein offenes Personenauto, sechssitzig, Doppelphaeton, fast schwarz lackiert und ebenso gepolstert, im Werte von 400 000 M. gestohlen. Marke: „Minerva-Antwerpen". Fahrgestell Nr. 24 129, Motor Nr. 24 132, PS. 27, 8, Bremse p. s. 70, Reifen weiß gestrichen, Drahtspeichenräder, ein Reserverad neben am Wagen, elektrisch. Scheinwerfer, linke hintere Wagentür nicht zu öffnen, Spitzkühler. — Ferner wurde aus einem anderen Auto ein Magnet und ein glatter 935×135 Regenerat-Reifen mit abnehmbarem Kontinentalfelgen gestohlen. Belohnung bis zu 5000 Mk. sind zugesichert. Wer irgendwelche Angaben hierüber machen kann, wolle sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Zimmer 70 oder 71, melden.

Für 13 000 Mk. Häute gestohlen. In der Nacht zum 24. April wurde in eine Lederfabrik eingebrochen und Hinterteile von Roßhäuten im Werte von 13 000 Mk. gestohlen. Die Oberseite des Leders war glänzend die Fleischseite matt. Sachdienliche Angaben wolle man umgehend bei der Kriminalpolizei, Zimmer 70 oder 71, machen.

* **Ein frecher Ueberfall.** In der Nacht zum 13. d. M. gegen 2.15 Uhr wurde ein hier wohnhafter Volontär auf der Würfelwiese von fünf Männern im Alter von 20 bis 25 Jahren überfallen, ausgezogen und seiner Kleidungsstücke und Barschaft beraubt. Zwei der Täter, die sich im Besitz des Jacketts befanden, wurden durch einen Polizeiwachtmeister festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

* **In den Tod gegangen.** Gestern nachmittag sprang eine Frauensperson in selbstmörderischer Absicht oberhalb der Cröllwitzer Brücke in die Saale und ertrank. Die Leiche wurde gegen abend gelandet und nach dem Gertraudenfriedhofe geschafft.

* **Aus Furcht vor Strafe.** Ein Schlosserlehrling, der einige Tage seiner Lehrstelle ferngeblieben war, sprang in letzter Nacht aus Furcht vor Strafe von der Cröllwitzer Brücke aus in die Saale. Auf seine Hilferufe wurde er von zwei Spaziergängern wieder ans Land gebracht. Da er über Schmerzen klagte, wurde er der Klinik zugeführt.

* **Wem gehört der Treibriemen?** Bei einem Treibriemendieb wurde ein 5 Meter langer und 7 Zentimeter breiter Ersatztreibriemen mit Lederenden und Klammerverschluß vorgefunden. Außerdem ein Stück Ersatztreibriemen 2 Meter lang und 14 Zentimeter breit, letzteres Stück dürfte aus einem Kohlenwerk herrühren. Der 5 Meter lange Treibriemen ist vollständig und fast neu. Der Treibriemen liegt bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 67 oder 71, zur Besichtigung aus.

Provinz und Umgegend.

Tanzlustbarkeiten während der Wahltage verboten.

Der Regierungskommissar für Provinz Sachsen, Genosse **Hörsing**, hat folgende Verordnung erlassen: Mit Rücksicht auf die Wahlen sind am 5. und 6. Juni Tanzlustbarkeiten in öffentlichen Lokalen, auch in Form von geschlossenen Gesellschaften, verboten.

Zuwiderhandlungen werden an dem Besitzer oder Vermieter der Räumlichkeiten mit Haft bis zu 6 Wochen oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mk., an den Teilnehmern mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. bestraft.

Arbeitsvermittlung an Kriegsbeschädigte.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg schreibt uns: Bei den dem Landesarbeitsamte Sachsen-Anhalt angeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachweisen meldeten sich im ersten Viertel dieses Jahres 1545 stellungsuchende Kriegsbeschädigte gegenüber 1778 in derselben Zeit des Vorjahres. Vermittelt wurden in den genannten Perioden 1196 bezw. 916. Demnach entfielen auf 100 neugemeldete arbeitsuchende Kriegsbeschädigte im ersten Quartal 1920 rund 77,5, im ersten Quartal 1919 rund 51,5 Vermittlungen.

Der Kampf um die Betriebsräte im mitteldeutschen Industrie-Gebiet.

Nachdem die Betriebsräte gewählt sind, und ihre Tätigkeit beginnen, versucht man von verschiedenen Seiten, dieselben zu Sonderorganisationen zusammenzuschließen, um ihnen „Schwungkraft" zu verleihen. Nach einem Aufruf im Hallischen Volksblatt, sollen die Betriebsräte im mitteldeutschen Industriegebiet zu einer wirtschaftlichen Räteorganisation zusammengeschlossen werden, die von einer Zentralleitung in Berlin dirigiert werden soll. Aus dem Aufruf ist zu ersehen, daß man Deutschland in 28 Wirtschaftsbezirke eingeteilt hat. Der Wirtschaftsbezirk Halle-Leipzig wiederum ist in 12 Reviere eingeteilt worden. Die grundsätzliche Stellung dieser neuen Organisation soll sich auf folgender Basis bewegen:

„Die wirtschaftliche Räteorganisation hat die Aufgabe, die Vorarbeiten für die Ueberführung der heutigen Wirtschaftsweise in die sozialistische zu leiten. Sie bildet somit die notwendige Ergänzung zu den heutigen proletarischen Organisationen. Die Rätebewegung des Bezirkes Halle soll in engster Fühlung mit den Gewerkschaften und Parteien bleiben, jedoch **soll sie sich ihre volle Selbständigkeit wahren und als vorwärtsdrängende revolutionäre Bewegung tätig sein."**

Dabei wird darauf verwiesen, daß diese Grundsätze in einer in Halle am 24. April abgehaltenen Konferenz, die von zahlreichen Vertretern der Reviere und Industriegruppen besucht gewesen sein soll, beschlossen wurden. Dazu sei bemerkt, daß allerdings eine Konferenz stattfand, die aber nicht von zahlreichen, sondern von nur 18 Vertretern besucht war. Da nach unserem Dafürhalten ein so weittragender Beschluß unmöglich über die Köpfe der einzelnen Industriegruppen gefaßt werden kann, halten wir es für nötig, die Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes über die Ziele dieser Richtlinien aufzuklären. Dabei wollen wir einstweilen ununtersucht lassen, ob die einzelnen Reviere und Belegschaften von diesen Delegationen überhaupt etwas gewußt haben, da Wahlen zu dieser Konferenz nicht stattgefunden haben. Aus dem Bergbau war nicht ein einziger Vertreter anwesend, obwohl dem Bergarbeiterverband im Bezirk Halle 35 000 Mitglieder angehören, und man kann den Betriebsräten des mitteldeutschen Bergbaues wohl kaum zumuten, sich ungefragt diesen Beschlüssen einer vollständig unkompetenten Konferenz zu fügen. Die Ausführungen, die in der Frage des Zusammenarbeitens der Betriebsräte mit den Gewerkschaften gemacht wurden, ließen unzweifelhaft erkennen, daß man nur notgedrungen mit den Gewerkschaften arbeiten müsse, weil diese vorläufig allein in der Lage seien, die Betriebsräte zu finanzieren. Den wahren Zweck der neuen Wirtschaftsräteorganisation aber erfährt man, wenn man das Referat des Abgeordneten Koenen liest, das derselbe auf der genannten Konferenz hielt. In seinen Kernpunkten führt Koenen aus:

„Berlin und viele andere Landesteile hinken in diesem Jahre der revolutionären Bewegung Rheinlands ebenso nach, wie unsere mitteldeutschen im vorigen Jahre. Der wirtschaftliche Räteaufbau wird in den nächsten Wochen in Berlin vollendet sein. Man ist soweit, daß in aller Kürze ein allgemeiner Rätekongreß stattfinden wird. Dieses Vorgehen wird gestützt durch diejenigen Gewerkschaften, die auf unserem Boden stehen. Die Betriebsräte müssen selbständig vorgehen; **sie werden sich dabei mit ihren Gewerkschaftszentralleitungen in Konflikt setzen, aber an solche Kleinigkeiten (!) darf man sich nicht stoßen, auch wenn man in vollendeten Gegensatz zu den Gewerkschaften gerät. Metall- und Textilarbeiter, die im Gegensatz zu dieser Auffassung stehen, brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie in den kommenden Kämpfen Haare lassen müssen, oder überhaupt unter den Schlitten geraten. Wegen dieser Meinungsverschiedenheit bin ich mit Dißmann zerfallen, der die Zweckmäßigkeit meines Vorgehens nicht einsehen will."** — „Wir dürfen keine Anhängsel der Gewerkschaften werden, weil diese unsere Forderungen nicht durchführen wollen noch können. Wenn die Betriebsratsmitglieder in ihrer Tätigkeit gesetzliche Maßnahmen erfüllen wollen, die im Gegensatz zu ihrem Gewissen stehen, dann sollen sie sich den Teufel um das Gesetz scheren. Wenn wir es für taktisch nötig halten, nützen wir das Gesetz so aus, wie es uns paßt, was uns nicht paßt, lassen wir. Die Hauptsache ist, wir müssen das Gesetz zu unseren agitatorischen Zwecken rücksichtslos ausnützen. Wir müssen den Rätegedanken propagieren; tun wir das nicht, so ist die Revolution tot; damit das aber nicht geschieht, müssen wir die Rätegedanken lebendig erhalten. Auf dem in Kürze stattfindenden Rätekongreß werden wir beweisen, daß wir einer großen, revolutionären Tat fähig sind; dann müssen wir uns aber in den Betriebsräten einen **bis ins kleinste** organisierten Aktionsapparat anschaffen."

Die Betriebsräte wissen also nun, welchem Zweck sie dienen sollen und brauchen sich nicht zu wundern, wenn ihre Bilanz über ihre Tätigkeit mit einem ganz gewaltigen Defizit ihres Könnens schließt. Daß die Bergarbeiter im mitteldeutschen Industriegebiet nicht gewillt sind, im Sinne der vorstehenden Richtlinien zu arbeiten, ergibt sich aus folgenden Darlegungen:

Im mitteldeutschen Industriegebiet fanden in den letzten Tagen sechs Konferenzen der Betriebsrätevorsitzenden des Bergarbeiterverbandes statt, die von insgesamt 222 Vertretern besucht waren, in allen Konferenzen referierte Kamerad Hesse-Halle über: „Die Stellung der Gewerkschaften zu den Betriebsräten und deren Ausbau."

Ohne auch nur einen Widerspruch zu finden, schlossen sich alle Vertreter den Ausführungen der Bezirksleitung an und in allen Konferenzen wurde die folgende Resolution mit 221 gegen 1 Stimme angenommen:

„Die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise, hat eine im sozialistischen Sinne aufgeklärte Arbeiterschaft zur Voraussetzung; nur sie ist in der Lage, praktische Erfolge in der Wirtschaftspolitik zu erzielen. Das geeignetste Mittel, sich die dazu nötigen Vorkenntnisse anzueignen, sind die Betriebsräte. Die Tätigkeit in den Betriebsräten gibt den Arbeitern die Möglichkeit, den Beweis der Fähigkeit zur Leitung und Uebernahme der Produktionsmittel und der Betriebe in die Allgemeinwirtschaft zu erbringen.

Die Konferenz erkennt an, daß die bisherige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau nur durch die straffe Organisation im Bergarbeiterverband zu erreichen war. Sie ist der Ansicht, daß die wirksamste Unterstützung der Betriebsräte nur durch den Verband erfolgen kann und erklärt, jede Sonderorganisation der Betriebsräte — sei es auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete — abzulehnen, deren inneren, wie äußeren Aus- und Aufbau vielmehr in engster Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband durchzuführen. Die Konferenz erwartet vom Bergarbeiterverband die weitere intensive Unterstützung der Betriebsräte.

Nur wenn die im Bergarbeiterverband organisierten Betriebsräte in engster Fühlung mit ihrer Organisation arbeiten, ist die Möglichkeit gegeben, die endgültige Sozialisierung durchzuführen. Jede Sonderaktion zersplittert die Kräfte, nur gemeinsames Zusammenarbeiten, Aufklärung und Disziplin führt am schnellsten zum Siege."

Damit dürfte zur Genüge dokumentiert sein, daß die Bergarbeiter des mitteldeutschen Industriebezirks nicht gewillt sind, ihre Kräfte in unklaren Aktionen zu zersplittern. Wenn die Bergarbeiter die Sozialisierung aber verhindern wollen, dann brauchen sie nur im Sinne der Ausführungen von Koenen zu handeln.

Die Konferenzen fanden statt in **Halle, Bernburg, Helbra, Staßfurt, Bitterfeld** und **Aschersleben**. Die Beschlüsse dieser Konferenzen sind ohne Frage maßgebender, als die von einer kleinen Gruppe unberufener Leute gefaßten.

Wir fordern die im Bergarbeiterverband organisierten Betriebsräte auf, sich in allen Fragen im Sinne der Konferenzbeschlüsse an die Bezirksleitung in Halle zu wenden.

Unterbezirk Wittenberg-Schweinitz.

In allen, die Wahl betreffenden Angelegenheiten wollen sich die Genossen an den Wahlausschuß, Gen. Scheel, Piesteritz (Bez. Halle), Schulstraße 32, wenden. Tel.-Amt Wittenberg 615.

Der Unterbezirksvorstand.

Wittenberg. Aufmarsch zum Wahlkampf. In unserer Stadt leiteten wir als Erste den Wahlkampf ein. Am 6. Mai sprach im Balzerschen Saale Gen. Thiele-Halle über das Thema: „Die Reichstagswahl am 6. Juni." und „Die Aufgaben der Zukunft". Der Saal war sehr gut besucht. Genosse Thiele führte in 1½stündigen Vortrage seinen Zuhörern ein klares Bild vor Augen. Seine Rede war inhaltreich und der reiche Beifall zeigte, daß seine Ausführungen Hand und Fuß hatten. In der freien Aussprache meldeten sich nur wenige Redner zum Worte. Der deutschnationale Redner mußte unter Lachen das Pult verlassen, seine Ausführungen förderten nur Unsinn zutage. Ein parteiloser Redner vermißte Stellungnahme unserer Partei zur Mieterschutzgesetzgebung. Hierauf erhielt Genosse Thiele das Schlußwort. Seine Ausführungen legten Maß an, an die rechtsreaktionären Kreise. Zur Frage der Mieterschutzgesetzgebung erklärte er, daß unsere Partei die Bestrebungen voll und ganz unterstütze. Seine Schlußausführungen gipfelten darin, einig zu sein und für unsere sozialdemokratische Suche zu werben und am 6. Juni nur unserer Partei die Stimme zu geben. Hierauf Schluß der anregenden Versammlung. — Am Sonntag, den 9. Mai fand bei Muth eine Beamtenversammlung statt. Diese Versammlung zeigte Interesselosigkeit. Und ein reiches Feld bietet sich unserer Partei, in Beamtenkreisen zu werben. Mehrere Beamte meldeten sich zur freien Aussprache und zeigten deutlich wie rückständig noch ein großer Teil der Beamten ist. Die anderen Parteien sind auch auf den Plan getreten, vor allen treten die „Deutschnationalen" auf den Plan. Seit dem Kapp-Putsch hat man sehr wenig von ihnen gespürt. Alle bürgerlichen Parteien werben um den Arbeiter und Beamten. Lasse sich kein Arbeiter und kein Beamter von den reaktionären Rattenfängern anlocken, sondern wähle jeder die sozialdemokratische Liste Krüger-**Merseburg.**

Wittenberg-Schweinitz. Unterbezirkskonferenz. Am 9. Mai fand die gut besuchte Konferenz des Unterbezirks Wittenberg-Schweinitz statt. Gen. Wiegand erstattete den Jahresbericht und konnte mitteilen, daß im letzten Jahr ganz erfreuliche Arbeit geleistet worden sei. Hierauf erläuterte Gen. Wiegand die technische und praktische Arbeit zu den Wahlen. Die Arbeiten wurden an die einzelnen Ortsvereine verteilt. In den Wahlausschuß wurden die Gen Scheel, Sonnenburg und Privenau gewählt. Das Wahlbureau befindet sich in Piesteritz (Bez. Halle), Schulstraße 32, Tel.-Amt Wittenberg Nr. 615. Die Wahlen zum Gesamtvorstand, die auch auf der Tagesordnung standen, mußten wegen der vorgerückten Zeit zurückgestellt werden. Es wurde nur der Gen. Sonnenburg-Piesteritz als 2. Vorsitzender gewählt.

Sangerhausen. Wählerversammlung. Am Freitag, den 7. d. M. eröffnete die Partei am hiesigen Orte den Wahlkampf. Gen. Prof. Waentig-Halle sprach über Deutschlands Schicksalsstunde. Der Referent verstand es ganz ausgezeichnet durch tiefgründiges Schüren in den politischen Fragen, die das Volk gegenwärtig stark beschäftigen, die Zuhörer in den Bann seiner Ausführungen zu zwingen. Auch die Frage des Sozialismus ist wohl kaum jemals hier in so sachlich und leichtverständlicher Art und Weise dargelegt worden. Trotzdem der Besuch besser hätte sein können sind wir mit dem Auftakt zur Wahl sehr zufrieden. Wir hoffen sehr die Stimmen der Anwesenden zur Wahl größtenteils gewonnen zu haben. Uns selbst aber soll der Erfolg stärken im Kampf um die Sache des Sozialismus.

Schildau. Mitgliederversammlung. Die gestern abend stattgefundene Monatsversammlung fand beim Gen. Otto Klemm statt. Der Vorsitzende, Gen. C. Münckner, eröffnete dieselbe. Nach Erledigung der Steuereinnahmen wurden einige Mitglieder neu aufgenommen. Sodann wurden die Vorarbeiten für die Reichstagswahl erledigt. Die vorgelegte Abrechnung von der Maifeier wurde für richtig befunden. Unter Verschiedenes wurde die Zeitungsfrage besprochen und den Genossen zur Pflicht gemacht, neue Leser für die Volksstimme zu werben. Hierauf wurde die Versammlung mit der Bekanntgabe, daß Sonnabend, den 29. Mai, die nächste Versammlung beim Gen. Wilhelm Naumann stattfindet und daß jedes Mitglied zur Stelle sein muß, geschlossen.

Straßberg (Harz). Wählerversammlung. — Die Wildschäden. Am Dienstag fand hier eine Wahlversammlung unserer Partei statt, in der Gen. Troll aus Sangerhausen über die Bedeutung der Wahl am 6. Juni ein lehrreiches Referat hielt. In der Aussprache kam auch ein hiesiger Genosse auf die Schäden zu sprechen, die das fürstliche Wild aus den Westharzer Forsten, meistens Schwarzwild, in den Fluren verursacht. Unserm Verein wurde von Gen. Troll geraten, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, und da der frühere Landrat von Spankeren in Sangerhausen versagt hat, nicht einmal eine Antwort hat er auf eine Beschwerde gegeben, die Hilfe des Gen. Krüger in Merseburg anzurufen. Der Verein gewann eine ganze Reihe neuer Mitglieder.

Breitenstein (Harz). Wahlversammlung. Mit einer öffentlichen Volksversammlung trat die S.P.D. am Montag hier in den Wahlkampf ein. Gen. Troll aus Sangerhausen referierte über die Bedeutung der Reichstagswahl am 6. Juni und die politische Lage. Trotzdem der Ort in der Mehrzahl Wähler hat, die der U.S.P. angehören, fand der Redner allgemeine Zustimmung und aus der Versammlung heraus ward der Wunsch laut nach einer Einigung des gesamten Proletariats Deutschlands. Jedenfalls kann die S.P.D. mit einem guten Erfolge bei der Wahl hier am Orte rechnen.

Magdeburg. Schwerer Unglücksfall. Am Donnerstag vormittag ereignete sich in der Fabrik von F. Ergang in der Wilhelmstadt ein schwerer Unglücksfall, dem leider zwei blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Beim Abdrücken von sogenannten Lagertanks, die einer hohen Druckprobe mittels Luft unterworfen werden flog ein schwerer eiserner Deckel mit großer Wucht ab und verletzte den 22jährigen Schlosser Müller aus Schnarsleben und den 15jährigen Lehrling Behrens aus Diesdorf, die beide in der Nähe an ihren Schraubstöcken standen, so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßgoulasch in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501—84 500 vorm. von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Roßgoulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Roßgoulasch, usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5 Mark und für eine Einkilodose Roßgoulasch 11 Mark. Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 501—24 500 vorm. von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Reis an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 84 500 vorm. von 8—1 Uhr. Für jede zum Bezug berechtigte Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ¼ Pfund Reis zum Preise von 1,50 Mark für das Viertelpfund abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 17. bis 23. Mai 1920 können auf die Marke 38 der grauen Kartoffelkarte 4 Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 20. Mai, abzuliefern.

Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 17. bis 23. Mai auf den Abschnitt 35 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 25. Mai, dem Stadternährungsamt, Abt. II, abzuliefern.

Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 17. bis 23. Mai gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 25. Mai, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen.

Milchkartenausgabe für Kinder. Vom Montag, den 17., bis einschließlich Sonnabend, den 22. Mai, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken die neuen vom 24. Mai ab gültigen Milchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren und stillende Mütter ausgegeben. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen: 1. a) der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm der alten Milchkarte. 2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu 6 Jahren, ein Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtskunde; die Vorlegung des Impfscheines genügt nicht), b) eine stillende Mutter, eine polizeilich beglaubigte Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt, oder ein Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden. Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die dann eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge. Die Milchkarten für hoffende Frauen werden nicht mehr in den Markenausgabestellen, sondern im Erdgeschoß des Stadternährungsamtes (Urlauber-Abfertigungsstelle) ausgegeben.